
2009**Ausgegeben zu Bonn am 16. Juli 2009****Nr. 24**

Tag	Inhalt	Seite
8. 7. 2009	Gesetz zu dem Abkommen vom 9. Juli 2008 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen GESTA: XD023	746
10. 7. 2009	Gesetz zu dem Vertrag vom 12. November 2008 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bulgarien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Missbrauchs bei Leistungen und Beiträgen zur sozialen Sicherheit durch Erwerbstätigkeit und von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit sowie bei illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit GESTA: XD022	771
6. 6. 2009	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Änderung von Artikel 1 des VN-Waffenübereinkommens und des Protokolls V zum VN-Waffenübereinkommen	787
8. 6. 2009	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Verringerung von Versauerung, Eutrophierung und bodennahem Ozon	788
15. 6. 2009	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Gründung einer europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten („EUMETSAT“)	789
15. 6. 2009	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT)	789
23. 6. 2009	Bekanntmachung des deutsch-mongolischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	790

Gesetz
zu dem Abkommen vom 9. Juli 2008
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Mexikanischen Staaten
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Vom 8. Juli 2009

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Mexiko-Stadt am 9. Juli 2008 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 31 Absatz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 8. Juli 2009

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Peer Steinbrück

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Mexikanischen Staaten
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

**Agreement
between The Federal Republic of Germany
and The United Mexican States
for the Avoidance of Double Taxation and of Tax Evasion
with respect to Taxes on Income and on Capital**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Vereinigten Mexikanischen Staaten –

The Federal Republic of Germany
and
The United Mexican States

von dem Wunsch geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen durch den Abbau steuerlicher Hindernisse zu fördern und ihre Zusammenarbeit auf steuerlichem Gebiet zu festigen –

Desiring to promote their mutual economic relations by removing fiscal obstacles and to strengthen their cooperation in tax matters,

sind wie folgt übereingekommen:

Have agreed as follows:

Artikel 1

Unter das Abkommen fallende Personen

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Article 1

Persons Covered

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zurzeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

- (a) in der Bundesrepublik Deutschland
- die Einkommensteuer,
 - die Körperschaftsteuer,
 - die Gewerbesteuer und
 - die Vermögensteuer
- einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge
(im Folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet),
- (b) in den Vereinigten Mexikanischen Staaten
- die Bundeseinkommensteuer (el impuesto sobre la renta federal) und
 - die Unternehmensteuer zu einem einheitlichen Satz (el impuesto empresarial a tasa única)
- (im Folgenden als „mexikanische Steuer“ bezeichnet).

Article 2

Taxes Covered

(1) This Agreement shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State or a political subdivision or local authority thereof, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amount of wages or salaries paid by enterprises as well as taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which this Agreement shall apply are in particular:

- (a) in the Federal Republic of Germany:
- the income tax (Einkommensteuer);
 - the corporation tax (Körperschaftsteuer);
 - the trade tax (Gewerbesteuer), and
 - the capital tax (Vermögensteuer)
- including the supplements levied thereon
(hereinafter referred to as “German tax”);
- (b) in the United Mexican States:
- the federal income tax (el impuesto sobre la renta federal), and
 - the business flat rate tax (el impuesto empresarial a tasa única)
- (hereinafter referred to as “Mexican tax”).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeutet der Ausdruck „die Bundesrepublik Deutschland“ das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber befindlichen Wassersäule, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse zum Zwecke der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden natürlichen Ressourcen ausübt,
- b) bedeutet der Ausdruck „die Vereinigten Mexikanischen Staaten“, im geographischen Sinne verwendet, das Hoheitsgebiet der Vereinigten Mexikanischen Staaten gemäß ihrer Verfassung einschließlich aller Gebiete außerhalb ihres Küstenmeers, in denen die Vereinigten Mexikanischen Staaten in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht ihre souveränen Rechte zur Erforschung und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Meeresbodens, des Meeresuntergrunds und der darüber liegenden Gewässer ausüben,
- c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Vereinigten Mexikanischen Staaten,
- d) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen,
- e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden,
- f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“ je nachdem ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird,
- g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben,
- h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
 - aa) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind,
 - bb) in Bezug auf die Vereinigten Mexikanischen Staaten

alle natürlichen Personen, die gemäß Artikel 30 der Verfassung der Vereinigten Mexikanischen Staaten die mexikanische Staatsangehörigkeit besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften oder andere Personenvereinigungen, die nach dem in den Vereinigten Mexikanischen Staaten geltenden Recht errichtet worden sind,

(4) The Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes that are imposed after the date of signature of the Agreement in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any significant changes that have been made in their respective taxation laws.

Article 3

General Definitions

(1) For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:

- a) the term “the Federal Republic of Germany” means the territory of the Federal Republic of Germany, as well as the area of the sea-bed, its subsoil and the superjacent water column adjacent to the territorial sea, insofar as the Federal Republic of Germany exercises there sovereign rights and jurisdiction in conformity with international law and its national legislation for the purpose of exploring, exploiting, conserving and managing the living and non-living natural resources;
- b) the term “the United Mexican States”, when used in a geographical sense, means the territory of the United Mexican States as defined in its Constitution, including any area beyond its territorial sea where the United Mexican States may exercise its sovereign rights of exploration and exploitation of the natural resources of the seabed, sub-soil and the superjacent waters, in accordance with international law;
- c) the terms “a Contracting State” and “the other Contracting State” mean the Federal Republic of Germany or the United Mexican States, as the context requires;
- d) the term “person” includes an individual, a company and any other body of persons;
- e) the term “company” means any body corporate or any entity that is treated as a body corporate for tax purposes;
- f) the terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- g) the term “international traffic” means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise that has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
- h) the term “national” means:
 - aa) in respect of the Federal Republic of Germany

any German within the meaning of the Basic Law for the Federal Republic of Germany and any legal person, partnership and association deriving its status as such from the laws in force in the Federal Republic of Germany;
 - bb) in respect of the United Mexican States

any individual possessing the Mexican nationality according to the provisions of Article 30 of the Political Constitution of the United Mexican States, and any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in the United Mexican States;

- i) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
- aa) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde, an die es seine Befugnisse delegiert hat,
- bb) in den Vereinigten Mexikanischen Staaten die Secretaría de Hacienda y Crédito Público.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so bemühen sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten in gegenseitigem Einvernehmen, ihren Ansässigkeitsstatus zu regeln und die Anwendung des Abkommens festzulegen. Soweit ein derartiges Einvernehmen nicht erzielt wird, gilt diese Person für Zwecke dieses Abkommens als in keinem der beiden Vertragsstaaten ansässig.

Artikel 5

Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,

- i) the term “competent authority” means:

- aa) in the case of the Federal Republic of Germany the Federal Ministry of Finance or the agency to which it has delegated its powers;
- bb) in the case of the United Mexican States, the Ministry of Finance and Public Credit.

(2) As regards the application of the Agreement at any time by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which the Agreement applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

Article 4

Resident

(1) For the purposes of this Agreement, the term “resident of a Contracting State” means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature, and also includes that State and any political subdivision or local authority thereof. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1, an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;
- d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1, a person other than an individual is a resident of both Contracting States, the competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement endeavour to settle its status and to determine the application of the Agreement. Insofar as no such agreement has been reached, such person shall be deemed not to be a resident of either Contracting State for the purposes of this Agreement.

Article 5

Permanent Establishment

(1) For the purposes of this Agreement, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term “permanent establishment” includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;

- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer sechs Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden,
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden,
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden,
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen,
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen,
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 7 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Versicherungsunternehmen eines Vertragsstaats wird, abgesehen vom Rückversicherungsgeschäft, ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, wenn es im anderen Staat durch eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 7 – Prämien einzieht oder dort befindliche Risiken versichert.

(7) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(8) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

- d) a factory;
- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than six months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs (a) to (e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person – other than an agent of an independent status to whom paragraph 7 applies – is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) Notwithstanding the foregoing provisions of this Article, an insurance enterprise of a Contracting State shall, except in regard to reinsurance, be deemed to have a permanent establishment in the other Contracting State if it collects premiums in the territory of that other State or insures risks situated therein through a person other than an agent of an independent status to whom paragraph 7 applies.

(7) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(8) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Artikel 6**Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen**

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen natürlichen Ressourcen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7**Unternehmensgewinne**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

Article 6**Income from Immovable Property**

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term “immovable property” shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7**Business Profits**

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Für Zwecke dieses Artikels beinhaltet der Begriff „Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr“ auch die Gewinne aus der

- a) gelegentlichen Vermietung von leeren Seeschiffen oder Luftfahrzeugen und
- b) Nutzung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailern und zugehöriger Ausstattung, die dem Transport der Container dienen),

wenn diese Tätigkeiten zum Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr gehören.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(4) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet und entsprechend besteuert, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat gemäß Artikel 25 Absatz 2 eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 8

Shipping and Air Transport

(1) Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) For the purposes of this Article, the terms “profits from the operation of ships or aircraft in international traffic” shall include profits from

- a) the occasional rental of ships or aircraft on a bare-boat basis and
- b) the use or rental of containers (including trailers and ancillary equipment used for transporting the containers),

if these activities pertain to the operation of ships or aircraft in international traffic.

(3) If the place of effective management of a shipping enterprise is aboard a ship, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

(4) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9

Associated Enterprises

(1) Where:

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State, and taxes accordingly, profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall, in accordance with paragraph 2 of Article 25, make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Agreement and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

Artikel 10
Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden im anderen Vertragsstaat ansässig ist, nicht übersteigen

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt,
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Beschränkungen anzuwenden sind.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussrechten oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Erzielt eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nicht ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nicht ausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11
Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen im anderen Vertragsstaat ansässig ist, nicht übersteigen

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen aus Bankdarlehen,
- b) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen in allen anderen Fällen.

Article 10
Dividends

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State but, if the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed:

- a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 10 per cent of the capital of the company paying the dividends;
- b) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of these limitations.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term “dividends” as used in this Article means income from shares, “jouissance” shares or “jouissance” rights, mining shares, founders' shares or other income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other Contracting State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or a fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11
Interest

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the interest is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed:

- a) 5 per cent of the gross amount of the interest from loans granted by a bank;
- b) 10 per cent of the gross amount of the interest in all other cases.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Beschränkung anzuwenden ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 können Zinsen im Sinne des Absatzes 1 nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Nutzungsberechtigte ansässig ist, wenn

- a) der Nutzungsberechtigte ein Vertragsstaat, die Banco de Mexico oder die Deutsche Bundesbank ist,
- b) die Zinsen von einem der unter Buchstabe a genannten Rechtsträger gezahlt werden,
- c) die Zinsen aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und für ein Darlehen gezahlt werden, das von der Banco de Mexico, der Banco Nacional de Comercio Exterior, S.N.C., der Nacional Financiera, S.N.C., oder der Banco Nacional de Obras y Servicios Públicos, S.N.C., oder einer sonstigen Einrichtung, auf die sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten jeweils verständigen, gewährt, verbürgt oder gesichert wurde,
- d) die Zinsen aus den Vereinigten Mexikanischen Staaten stammen und für ein Darlehen gezahlt werden, das von der Bundesrepublik Deutschland oder von der Kreditanstalt für Wiederaufbau oder von der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft oder von einer sonstigen Einrichtung, auf die sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten jeweils verständigen, gewährt, verbürgt oder gesichert wurde.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen sowie alle sonstigen Einkünfte, die nach dem Recht des Vertragsstaats, aus dem sie stammen, als Einkünfte aus Darlehen behandelt werden. Der Ausdruck „Zinsen“ umfasst jedoch nicht die in Artikel 10 behandelten Einkünfte.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of these limitations.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2, interest referred to in paragraph 1 shall be taxable only in the Contracting State in which the beneficial owner is a resident if:

- a) the beneficial owner is a Contracting State, the Banco de México or the Deutsche Bundesbank;
- b) the interest is paid by any of the entities mentioned in subparagraph a);
- c) the interest arises in the Federal Republic of Germany and is paid in respect of a loan granted, guaranteed or insured by Banco de México, Banco Nacional de Comercio Exterior, S.N.C., Nacional Financiera, S.N.C., or Banco Nacional de Obras y Servicios Públicos, S.N.C., or by any other institution, as may be agreed from time to time between the competent authorities of the Contracting States;
- d) the interest arises in the United Mexican States and is paid in respect of a loan granted, guaranteed or insured by the Federal Republic of Germany or is paid to the Kreditanstalt für Wiederaufbau or the Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft, or by any other institution, as may be agreed from time to time between the competent authorities of the Contracting States.

(4) The term “interest” as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures as well as all other income that is treated as income from money lent by the laws of the Contracting State in which the income arises. However, the term “interest” does not include income dealt with in Article 10.

(5) The provisions of paragraphs 1, 2 and 3 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other Contracting State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(6) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or a fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(7) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Artikel 12**Lizenzgebühren**

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren im anderen Vertragsstaat ansässig ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Beschränkung anzuwenden ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren, für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden. Der Ausdruck „Lizenzgebühren“ umfasst auch die Vergütungen, die aufgrund der Veräußerung dieser Vermögenswerte oder Rechte gezahlt werden, wenn sie von der Ertragskraft oder der Nutzung der Vermögenswerte oder Rechte abhängen. Der Ausdruck „Lizenzgebühren“ beinhaltet auch Vergütungen jeder Art für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von Namen, Bildern oder sonstigen vergleichbaren Persönlichkeitsrechten sowie Entgelte für die Aufzeichnung der Veranstaltungen von Künstlern und Sportlern durch Rundfunk- oder Fernsehanstalten.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13**Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen**

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne

Article 12**Royalties**

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the royalties is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the royalties. The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

(3) The term “royalties” as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for the use of, or the right to use, industrial, commercial, or scientific equipment, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience. The term “royalties” also includes gains derived from the alienation of any such right or property which are contingent on the productivity or use thereof. The term “royalties” shall also include payments of any kind for the use or the right to use a person’s name, picture or any other similar personality rights and on payments received as consideration for the registration of entertainers’ or sportspersons’ performances by radio or television.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment or a fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or a fixed base is situated.

(6) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 13**Capital Gains**

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and

des Artikels 6 erzielt, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Aktien und sonstigen Anteilen erzielt, deren Aktivvermögen zu mehr als 50 vom Hundert mittelbar oder unmittelbar aus unbeweglichem Vermögen besteht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Neben den gemäß den vorstehenden Absätzen steuerpflichtigen Gewinnen können Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Aktien, Beteiligungen oder sonstigen Rechten am Kapital einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft erzielt, in diesem anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung einer selbständigen Arbeit zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(6) Vorbehaltlich der Regelungen in Artikel 12 können Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 5 nicht genannten Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, unter Ausnahme der folgenden Umstände, unter denen die genannten Einkünfte auch im anderen Vertragsstaat besteuert werden können:

- a) wenn die Person im anderen Vertragsstaat eine feste Einrichtung hat, über die sie für die Ausübung ihrer Tätigkeit regelmäßig verfügt; in diesem Fall können in diesem anderen Staat nur die Einkünfte besteuert werden, die dieser festen Einrichtung zuzurechnen sind; oder
- b) wenn sie sich in diesem anderen Vertragsstaat insgesamt wenigstens 183 Tage während eines zusammenhängenden Zeitraums von zwölf Monaten aufhält; in diesem Fall können in diesem anderen Staat nur die Einkünfte aus den Tätigkeiten besteuert werden, die sie in diesem anderen Staat ausübt.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Einkünfte aus unselbständiger Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16 bis 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im

situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of shares and similar rights deriving more than 50 per cent of their value directly or indirectly from immovable property situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(3) In addition to gains taxable in accordance with the provisions of the preceding paragraphs of this Article, gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of stock, participation, or other rights in the capital of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other Contracting State.

(4) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

(5) Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(6) Subject to the provisions of Article 12, gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1 to 5, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14

Independent Personal Services

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State, except in the following circumstances, when such income may also be taxed in the other Contracting State:

- a) if he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities; in that case, only so much of the income as is attributable to that fixed base may be taxed in that other State; or
- b) if his stay in the other Contracting State is for a period or periods amounting to or exceeding in the aggregate 183 days in any 12-month period commencing or ending in the calendar year concerned; in that case, only so much of the income as is derived from his activities performed in that other State may be taxed in that other State.

(2) The term “professional services” includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, dentists, lawyers, engineers, architects and accountants.

Article 15

Income from Employment

(1) Subject to the provisions of Articles 16 to 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the

anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Die Bestimmungen des Absatzes 2 finden keine Anwendung auf Vergütungen für Arbeit im Rahmen gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr ausgeübte unselbständige Arbeit in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet, das das Schiff oder Luftfahrzeug betreibt.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats sowie, im Falle der Vereinigten Mexikanischen Staaten, in ihrer Eigenschaft als Geschäftsführer (administrador) oder Vertreter in der Hauptversammlung (comisario) einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließend Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften finanziert wird. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die natürliche Person ansässig ist.

Artikel 18

Ruhegehälter, Renten und ähnliche Vergütungen

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen oder Renten, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat erhält, nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any 12-month period commencing or ending in the fiscal year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or fixed base which the employer has in the other State.

(3) The provisions of paragraph 2 shall not apply to remuneration for employment within the framework of professional hiring out of labour.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise which operates the ship or aircraft is situated.

Article 16

Directors' Fees

Directors' fees and similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors or supervisory board and, in the case of the United Mexican States in his capacity as "administrador" (sole administrator) or "comisario" (overseer) of a company, which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17

Artistes and Sportspersons

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsperson, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsperson in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsperson himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsperson are exercised.

(3) Paragraphs 1 and 2 shall not apply to income accruing from the exercise of activities by artistes or sportspersons in a Contracting State where the visit to that State is financed entirely or mainly from public funds of the other State, a political subdivision or a local authority thereof. In such a case the income may be taxed only in the Contracting State of which the individual is a resident.

Article 18

Pensions, Annuities and Similar Payments

(1) Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 19, pensions and similar payments or annuities paid to a resident of a Contracting State from the other Contracting State shall only be taxable in the first-mentioned State.

(2) Bezüge, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, können abweichend von Absatz 1 nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Wiederkehrende und einmalige Vergütungen, die einer der Vertragsstaaten oder eine seiner Gebietskörperschaften an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person als Entschädigung für politische Verfolgung oder für Unrecht oder Schäden aufgrund von Kriegshandlungen (einschließlich Wiedergutmachungsleistungen) oder des Wehr- oder Zivildienstes oder eines Verbrechens, einer Impfung oder ähnlicher Vorkommnisse zahlt, können abweichend von Absatz 1 nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(4) Der Begriff „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten lebenslanglich oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts aufgrund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für eine in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistung vorsieht.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, payments received by an individual being a resident of a Contracting State from the statutory social insurance of the other Contracting State shall be taxable only in that other State.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, recurrent or non-recurrent payments made by one of the Contracting States or a political subdivision thereof to a person resident in the other Contracting State as compensation for political persecution or for an injury or damage sustained as a result of war (including restitution payments) or of military or civil alternative service or of a crime, vaccination or a similar event shall be taxable only in the first-mentioned State.

(4) The term “annuities” means certain amounts payable periodically at stated times, for life or for a specified or ascertainable period of time, under an obligation to make the payments in return for adequate and full consideration in money or money’s worth.

Artikel 19

Öffentlicher Dienst

(1)

- a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates an eine natürliche Person für die diesem Staat, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
- aa) in Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
- bb) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2)

- a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates oder aus einem von diesem Staat, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats, einer seiner Gebietskörperschaften oder einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts dieses Staates erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

(4) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Programms der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

Article 19

Government Service

(1)

- a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State, a political subdivision or a local authority thereof or some other legal entity under public law of that State to an individual in respect of services rendered to that State, political subdivision or local authority or some other legal entity under public law shall be taxable only in that State.
- b) However, such salaries, wages and other remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and if the individual is a resident of that State who:
- aa) is a national of that State, or
- bb) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.

(2)

- a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State, a political subdivision or a local authority thereof or some other legal entity under public law of that State to an individual in respect of services rendered to that State, political subdivision or local authority or some other legal entity under public law shall be taxable only in that State.
- b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.

(3) The provisions of Articles 15, 16, 17, and 18 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State, a political subdivision or a local authority thereof or some other legal entity under public law of that State.

(4) The provisions of paragraph 1 shall likewise apply in respect of remuneration paid, under a development assistance programme of a Contracting State, a political subdivision or a local authority thereof, out of funds exclusively supplied by that State, political subdivision or local authority, to a specialist or volunteer seconded to the other Contracting State with the consent of that other State.

Artikel 20**Gastprofessoren, Lehrer und Studierende**

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in diesem Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, dass diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar von der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21**Andere Einkünfte**

(1) Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich genannten Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können in den vorhergehenden Artikeln dieses Abkommens nicht genannte Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person bezieht, auch im anderen Staat nach Maßgabe der Gesetze dieses Staates besteuert werden.

Artikel 22**Vermögen**

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung einer selbständigen Arbeit zur Verfügung steht, kann in dem anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23**Vermeidung der Doppelbesteuerung im Wohnsitzstaat**

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden die Einkünfte aus den Vereinigten Mexikanischen Staaten sowie die in den Vereinigten Mexikanischen Staaten gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in den Vereinigten Mexikanischen Staaten

Article 20**Visiting Professors, Teachers and Students**

(1) An individual who visits a Contracting State at the invitation of that State or of a university, college, school, museum or other cultural institution of that State or under an official programme of cultural exchange for a period not exceeding two years solely for the purpose of teaching, giving lectures or carrying out research at such institution and who is, or was immediately before that visit, a resident of the other Contracting State shall be exempt from tax in the first-mentioned State on his remuneration for such activity, provided that such remuneration is derived by him from outside that State.

(2) Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

Article 21**Other Income**

(1) Items of income of a resident of a Contracting State not explicitly dealt with in the foregoing Articles of this Agreement shall be taxable only in that State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, items of income of a resident of a Contracting State not dealt with in the foregoing Articles of this Agreement and arising in the other Contracting State may be taxed in that other State, in accordance with the laws of that other State.

Article 22**Capital**

(1) Capital represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

(3) Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic, and by movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 23**Elimination of Double Taxation in the State of Residence**

(1) Tax shall be determined in the case of a resident of the Federal Republic of Germany as follows:

- a) Unless foreign tax credit is to be allowed under subparagraph b), there shall be exempted from the assessment basis of the German tax any item of income arising in the United Mexican States and any item of capital situated within the United Mexican States which, according to this

ten besteuert werden können und nicht unter Buchstabe b fallen.

Für Einkünfte aus Dividenden gelten die vorstehenden Bestimmungen nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in den Vereinigten Mexikanischen Staaten ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört, und bei der Ermittlung der Gewinne der ausschüttenden Gesellschaft nicht abgezogen worden sind.

Für die Zwecke der Steuern vom Vermögen werden von der Bemessungsgrundlage der Steuer ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Ausschüttungen, falls solche gezahlt würden, nach den vorhergehenden Sätzen von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen wären.

- b) Auf die deutsche Steuer vom Einkommen für die folgenden Einkünfte wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die mexikanische Steuer angerechnet, die nach dem Recht der Vereinigten Mexikanischen Staaten und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für diese Einkünfte gezahlt worden ist:
- aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
 - bb) Zinsen;
 - cc) Lizenzgebühren;
 - dd) Einkünfte, die nach Artikel 13 Absatz 2 und 3 in den Vereinigten Mexikanischen Staaten besteuert werden können;
 - ee) Einkünfte, die nach Artikel 15 Absatz 3 in den Vereinigten Mexikanischen Staaten besteuert werden können;
 - ff) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;
 - gg) Einkünfte, die nach Artikel 17 besteuert werden können;
 - hh) Einkünfte im Sinne des Artikels 21 Absatz 2.
- c) Statt der Bestimmungen des Buchstabens a sind die Bestimmungen des Buchstabens b anzuwenden auf Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und die diesen Einkünften zugrunde liegenden Vermögenswerte, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nicht nachweist, dass die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in den Vereinigten Mexikanischen Staaten ansässige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus unter § 8 Absatz 1 Nr. 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes fallenden Tätigkeiten bezieht; Gleiches gilt für unbewegliches Vermögen, das einer Betriebsstätte dient und die daraus erzielten Einkünfte (Artikel 6 Absatz 4) sowie für die Gewinne aus der Veräußerung dieses unbeweglichen Vermögens (Artikel 13 Absatz 1) und des beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen der Betriebsstätte darstellt (Artikel 13 Absatz 4).
- d) Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens von der deutschen Steuer ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung ihres Steuersatzes zu berücksichtigen.
- e) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vermieden,
- aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 Absatz 3 regeln lässt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung

Agreement, may be taxed in the United Mexican States.

In the case of items of income from dividends the preceding provision shall apply only to such dividends as are paid to a company (not including partnerships) being a resident of the Federal Republic of Germany by a company being a resident of the United Mexican States at least 10 per cent of the capital of which is owned directly by the German company and which were not deducted when determining the profits of the company distributing these dividends.

There shall be exempted from the assessment basis of the taxes on capital any shareholding the dividends of which if paid, would be exempted, according to the foregoing sentences.

- b) Subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, there shall be allowed as a credit against German tax on income payable in respect of the following items of income the Mexican tax paid under the laws of the United Mexican States and in accordance with this Agreement:
- aa) dividends not dealt with in sub-paragraph a);
 - bb) interest;
 - cc) royalties;
 - dd) items of income that may be taxed in the United Mexican States according to paragraphs 2 and 3 of Article 13;
 - ee) items of income that may be taxed in the United Mexican States according to paragraph 3 of Article 15;
 - ff) directors' fees;
 - gg) items of income that may be taxed according to Article 17;
 - hh) income referred to in paragraph 2 of Article 21.
- c) The provisions of sub-paragraph b) shall apply instead of the provisions of sub-paragraph a) to items of income as defined in Articles 7 and 10 and to the assets from which such income is derived if the resident of the Federal Republic of Germany does not prove that the gross income of the permanent establishment in the business year in which the profit has been realised or of the company resident in the United Mexican States in the business year for which the dividends were paid was derived exclusively or almost exclusively from activities within the meaning of nos. 1 to 6 of paragraph 1 of section 8 of the German Law on External Tax Relations (Aussensteuergesetz); the same shall apply to immovable property used by a permanent establishment and to income from this immovable property of the permanent establishment (paragraph 4 of Article 6) and to profits from the alienation of such immovable property (paragraph 1 of Article 13) and of the movable property forming part of the business property of the permanent establishment (paragraph 4 of Article 13).
- d) The Federal Republic of Germany, however, retains the right to take into account in the determination of its rate of tax the items of income and capital, which are under the provisions of this Agreement exempted from German tax.
- e) Notwithstanding the provisions of sub-paragraph a) double taxation shall be avoided by allowing a tax credit as laid down in sub-paragraph b)
- aa) if in the Contracting States items of income or capital are placed under differing provisions of this Agreement or attributed to different persons (except pursuant to Article 9) and this conflict cannot be settled by a procedure in accordance with paragraph 3 of Article 25 and if as a result of this difference in placement or

oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder das Vermögen unbesteuert blieben oder niedriger als ohne diesen Konflikt besteuert würden oder

- bb) wenn die Bundesrepublik Deutschland nach Konsultation mit der zuständigen Behörde der Vereinigten Mexikanischen Staaten auf diplomatischem Weg den Vereinigten Mexikanischen Staaten andere Einkünfte notifiziert, bei denen sie die Anrechnungsmethode nach Buchstabe b anzuwenden beabsichtigt. Die Doppelbesteuerung wird für die notifizierten Einkünfte durch Steueranrechnung vom ersten Tag des Kalenderjahres vermieden, das dem Kalenderjahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde.

(2) In Übereinstimmung mit dem Recht der Vereinigten Mexikanischen Staaten und vorbehaltlich der dort vorgesehenen Beschränkungen, unter Beachtung künftiger, seine tragenden Prinzipien wahrender Änderungen, rechnen die Vereinigten Mexikanischen Staaten bei in den Vereinigten Mexikanischen Staaten ansässigen Personen auf die mexikanische Steuer Folgendes an:

- a) Die deutsche Steuer, die auf aus der Bundesrepublik Deutschland stammende Einkünfte oder auf dort gelegene Vermögenswerte gezahlt wurde, bis zur Höhe der in den Vereinigten Mexikanischen Staaten auf solche Einkünfte oder Vermögenswerte zu entrichtenden Steuer und
- b) im Falle einer Gesellschaft, der mindestens 10 vom Hundert des Kapitals einer Gesellschaft gehören, die in der Bundesrepublik Deutschland ansässig ist und von der die erstgenannte Gesellschaft Dividenden bezieht, die deutsche Steuer, die die ausschüttende Gesellschaft auf die Gewinne entrichtet hat, für die die Dividenden gezahlt werden.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die nicht in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen aufgrund des Personenstands oder der Familienlasten zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen

attribution the relevant income or capital would remain untaxed or be taxed lower than without this conflict, or

- bb) if after due consultation with the competent authority of the United Mexican States, the Federal Republic of Germany notifies the United Mexican States through diplomatic channels of other items of income to which it intends to apply the provisions of sub-paragraph b). Double taxation is then avoided for the notified income by allowing a tax credit from the first day of the calendar year next following that in which the notification was made.

(2) In accordance with the provisions and subject to the limitations of the laws of the United Mexican States, as may be amended from time to time without changing the general principle hereof, the United Mexican States shall allow its residents as a credit against the Mexican tax:

- a) the German tax paid on income arising or capital situated in the Federal Republic of Germany, in an amount not exceeding the tax payable in the United Mexican States on such income or capital; and
- b) in the case of a company owning at least 10 per cent of the capital of a company which is a resident of the Federal Republic of Germany and from which the first-mentioned company receives dividends, the German tax paid by the distributing company with respect to the profits out of which the dividends are paid.

Article 24

Non-discrimination

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned in the same circumstances are or may be subjected.

(3) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants only to its own residents.

(4) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 7 of Article 11, or paragraph 6 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a

eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist innerhalb von zehn Jahren durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

(5) Unbeschadet anderer Verträge, denen die Vertragsstaaten beigetreten sind oder beitreten werden, wird jede Streitigkeit über eine von einem Vertragsstaat getroffene Maßnahme, die eine unter Artikel 2 fallende Steuer betrifft, oder, in einem Gleichbehandlungsfall, über eine von einem Vertragsstaat getroffene Besteuerungsmaßnahme, einschließlich einer Streitigkeit darüber, ob dieses Abkommen Anwendung findet, ausschließlich nach Maßgabe des Abkommens beigelegt, es sei denn, dass die zuständigen Behörden der Vertragsparteien etwas anderes vereinbaren.

Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Verwaltung beziehungsweise Vollstreckung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder einer seiner

resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(5) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(6) The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 25

Mutual Agreement Procedure

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 24, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Agreement.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Agreement. Any agreement reached shall be implemented within ten years.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Agreement.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

(5) Notwithstanding any other treaties of which the Contracting States are or may become parties, any dispute over a measure taken by a Contracting State involving a tax covered by Article 2 or, in the case of non-discrimination, any taxation measure taken by a Contracting State, including a dispute whether this Agreement applies, shall be settled only under the Agreement, unless the competent authorities of the Contracting States agree otherwise.

Article 26

Exchange of Information

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is foreseeably relevant for carrying out the provisions of this Agreement or to the administration or enforcement of the domestic laws concerning taxes of every kind and description imposed on behalf of a

Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat gemäß Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Auskünfte in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder für eine Gerichtsentscheidung offenlegen.

(3) Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen,
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können,
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche (*ordre public*).

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen gemäß Absatz 3, aber diese Beschränkungen sind in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil er kein innerstaatliches Interesse an diesen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Finanzinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf das Eigentum an einer Person beziehen.

Artikel 27

Amtshilfe bei der Erhebung von Steuern

(1) Die Vertragsstaaten leisten sich gegenseitige Amtshilfe bei der Erhebung von Steueransprüchen. Diese Amtshilfe ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können in gegenseitigem Einvernehmen regeln, wie dieser Artikel durchzuführen ist.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Steueranspruch“ bedeutet einen Betrag, der auf Grund von Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erhoben werden, geschuldet wird, soweit die Besteuerung diesem Abkommen oder anderen völkerrechtlichen Übereinkünften, denen die Vertragsstaaten beigetreten sind, nicht widerspricht, sowie mit diesem Betrag zusammenhängende Zinsen, Geldbußen und Kosten der Erhebung oder Sicherung.

(3) Ist der Steueranspruch eines Vertragsstaats nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar und wird er von einer Person geschuldet, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Recht dieses Staates die Erhebung nicht verhindern kann, wird dieser Steueranspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates für die Zwecke der Erhebung von der zuständigen Behörde des

Contracting State or a political subdivision or local authority thereof, insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Agreement. The exchange of information is not restricted by Articles 1 and 2.

(2) Any information received under paragraph 1 by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, the determination of appeals in relation to the taxes referred to in paragraph 1 or the oversight of the above. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

(3) In no case shall the provisions of paragraphs 1 and 2 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information the disclosure of which would be contrary to public policy (*ordre public*).

(4) If information is requested by a Contracting State in accordance with this Article, the other Contracting State shall use its information gathering measures to obtain the requested information, even though that other State may not need such information for its own tax purposes. The obligation contained in the preceding sentence is subject to the limitations of paragraph 3 but in no case shall such limitations be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because it has no domestic interest in such information.

(5) In no case shall the provisions of paragraph 3 be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because the information is held by a bank, other financial institution, nominee or person acting in an agency or a fiduciary capacity or because it relates to ownership interests in a person.

Article 27

Assistance in the Collection of Taxes

(1) The Contracting States shall lend assistance to each other in the collection of revenue claims. This assistance is not restricted by Articles 1 and 2. The competent authorities of the Contracting States may by mutual agreement settle the mode of application of this Article.

(2) The term “revenue claim” as used in this Article means an amount owed in respect of taxes of every kind and description imposed on behalf of a Contracting State or a political subdivision or local authority thereof, insofar as the taxation thereunder is not contrary to this Agreement or any other instrument to which the Contracting States are parties, as well as interest, administrative penalties and costs of collection or conservancy related to such amount.

(3) When a revenue claim of a Contracting State is enforceable under the laws of that State and is owed by a person who, at that time, cannot, under the laws of that State, prevent its collection, that revenue claim shall, at the request of the competent authority of that State, be accepted for purposes of collection by the competent authority of the other Contracting

anderen Vertragsstaats anerkannt. Der Steueranspruch wird vom anderen Staat nach dessen Rechtsvorschriften über die Vollstreckung und Erhebung seiner eigenen Steuern erhoben, als handele es sich bei dem Steueranspruch um einen Steueranspruch des anderen Staates.

(4) Handelt es sich bei dem Steueranspruch eines Vertragsstaats um einen Anspruch, bei dem dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Erhebung einleiten kann, wird dieser Steueranspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates zum Zwecke der Einleitung von Sicherungsmaßnahmen von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats anerkannt. Der andere Staat leitet nach seinen Rechtsvorschriften Sicherungsmaßnahmen in Bezug auf diesen Steueranspruch ein, als wäre der Steueranspruch ein Steueranspruch dieses anderen Staates, selbst wenn der Steueranspruch im Zeitpunkt der Einleitung dieser Maßnahmen im erstgenannten Staat nicht vollstreckbar ist oder von einer Person geschuldet wird, die berechtigt ist, die Erhebung zu verhindern.

(5) Ungeachtet der Absätze 3 und 4 unterliegt ein von einem Vertragsstaat für Zwecke der Absätze 3 oder 4 anerkannter Steueranspruch als solcher in diesem Staat nicht den Verjährungsfristen oder den Vorschriften über die vorrangige Behandlung eines Steueranspruchs nach dem Recht dieses Staates. Ferner hat ein Steueranspruch, der von einem Vertragsstaat für Zwecke der Absätze 3 oder 4 anerkannt wurde, in diesem Staat nicht den Vorrang, den dieser Steueranspruch nach dem Recht des anderen Vertragsstaats hat.

(6) Verfahren im Zusammenhang mit dem Bestehen, der Gültigkeit oder der Höhe des Steueranspruchs eines Vertragsstaats können nicht bei den Gerichten oder Verwaltungsbehörden des anderen Vertragsstaats eingeleitet werden.

(7) Verliert der betreffende Steueranspruch, nachdem das Ersuchen eines Vertragsstaats nach den Absätzen 3 oder 4 gestellt wurde und bevor der andere Vertragsstaat den betreffenden Steueranspruch erhoben und an den erstgenannten Staat ausgezahlt hat,

- a) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 3 seine Eigenschaft als Steueranspruch des erstgenannten Staates, der nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar ist und von einer Person geschuldet wird, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Recht dieses Staates die Erhebung nicht verhindern kann, oder
- b) im Falle eines Ersuchens nach Absatz 4 seine Eigenschaft als Steueranspruch des erstgenannten Staates, für den dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Erhebung einleiten kann,

teilt die zuständige Behörde des erstgenannten Staates dies der zuständigen Behörde des anderen Staates unverzüglich mit und nach Wahl des anderen Staates setzt der erstgenannte Staat das Ersuchen entweder aus oder nimmt es zurück.

(8) Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen,
- b) Maßnahmen durchzuführen, die der öffentlichen Ordnung widersprechen,
- c) Amtshilfe zu leisten, wenn der andere Vertragsstaat nicht alle angemessenen Maßnahmen zur Erhebung oder Sicherung, die nach seinen Gesetzen oder seiner Verwaltungspraxis möglich sind, ausgeschöpft hat,
- d) Amtshilfe in Fällen zu leisten, in denen der Verwaltungsaufwand für diesen Staat in einem eindeutigen Missverhältnis zu dem Nutzen steht, den der andere Vertragsstaat dadurch erlangt.

State. That revenue claim shall be collected by that other State in accordance with the provisions of its laws applicable to the enforcement and collection of its own taxes as if the revenue claim were a revenue claim of that other State.

(4) When a revenue claim of a Contracting State is a claim in respect of which that State may, under its law, take measures of conservancy with a view to ensure its collection, that revenue claim shall, at the request of the competent authority of that State, be accepted for purposes of taking measures of conservancy by the competent authority of the other Contracting State. That other State shall take measures of conservancy in respect of that revenue claim in accordance with the provisions of its laws as if the revenue claim were a revenue claim of that other State even if, at the time when such measures are applied, the revenue claim is not enforceable in the first mentioned State or is owed by a person who has a right to prevent its collection.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 3 and 4, a revenue claim accepted by a Contracting State for purposes of paragraph 3 or 4 shall not, in that State, be subject to the time limits or accorded any priority applicable to a revenue claim under the laws of that State by reason of its nature as such. In addition, a revenue claim accepted by a Contracting State for the purposes of paragraph 3 or 4 shall not, in that State, have any priority applicable to that revenue claim under the laws of the other Contracting State.

(6) Proceedings with respect to the existence, validity or the amount of a revenue claim of a Contracting State shall not be brought before the courts or administrative bodies of the other Contracting State.

(7) Where, at any time after a request has been made by a Contracting State under paragraph 3 or 4 and before the other Contracting State has collected and remitted the relevant revenue claim to the first-mentioned State, the relevant revenue claim ceases to be

- a) in the case of a request under paragraph 3, a revenue claim of the first-mentioned State that is enforceable under the laws of that State and is owed by a person who, at that time, cannot, under the laws of that State, prevent its collection, or
- b) in the case of a request under paragraph 4, a revenue claim of the first-mentioned State in respect of which that State may, under its laws, take measures of conservancy with a view to ensure its collection

the competent authority of the first-mentioned State shall promptly notify the competent authority of the other State of that fact and, at the option of the other State, the first-mentioned State shall either suspend or withdraw its request.

(8) In no case shall the provisions of this Article be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to carry out measures which would be contrary to public policy (ordre public);
- c) to provide assistance if the other Contracting State has not pursued all reasonable measures of collection or conservancy, as the case may be, available under its laws or administrative practice;
- d) to provide assistance in those cases where the administrative burden for that State is clearly disproportionate to the benefit to be derived by the other Contracting State.

Artikel 28**Anwendung des
Abkommens in bestimmten Fällen**

Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es einen Vertragsstaat an der Anwendung seiner innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Verhinderung der Steuerumgehung oder Steuerhinterziehung, einschließlich der Vorschriften zur Gesellschafterfremdfinanzierung und zur Vorzugsbesteuerung.

Führt die vorstehende Bestimmung zu einer Doppelbesteuerung, konsultieren die zuständigen Behörden einander nach Artikel 25 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung zu vermeiden ist.

Artikel 29**Mitglieder diplomatischer Missionen
und konsularischer Vertretungen**

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 30**Protokoll**

Das angefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 31**Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Berlin ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist,
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Das Abkommen vom 23. Februar 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und seines Protokolls vom 23. Februar 1993 sowie des Notenwechsels vom 20. August 1993 und 21. September 1993 ist ab dem Zeitpunkt nicht mehr anzuwenden, ab dem dieses Abkommen nach Absatz 2 angewandt wird.

Artikel 32**Kündigung**

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt,

Article 28**Application of
the Agreement in Special Cases**

This Agreement shall not be interpreted to mean that a Contracting State is prevented from applying its domestic legal provisions on the prevention of tax evasion or tax avoidance, including the provisions regarding thin capitalization and preferential tax regimes.

If the foregoing provision results in double taxation, the competent authorities shall consult each other pursuant to paragraph 3 of Article 25 on how to avoid double taxation.

Article 29**Members of
Diplomatic Missions and Consular Posts**

Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 30**Protocol**

The attached Protocol shall be an integral part of this Agreement.

Article 31**Entry into Force**

(1) This Agreement shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Berlin.

(2) The Agreement shall enter into force on the day of the exchange of the instruments of ratification and shall have effect in both Contracting States:

- a) in the case of taxes withheld at source, in respect of amounts paid on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the Agreement entered into force;
- b) in the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods beginning on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the Agreement entered into force.

(3) The Agreement between the Federal Republic of Germany and the United Mexican States for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income and on Capital and its Protocol of February 23, 1993, as well as Notes Exchanged on 20 August and 21 September 1993 shall cease to have effect from the date on which the provisions of this Agreement come into effect in accordance with paragraph (2).

Article 32**Termination**

This Agreement shall continue in effect for an unlimited period but either of the Contracting States may, on or before the thirtieth day of June in any calendar year beginning after the expiration of a period of five years from the date of its entry into force, give the other Contracting State, through diplomatic channels, written notice of termination and, in such event, this Agreement shall cease to have effect:

- a) in the case of taxes withheld at source, in respect of amounts paid on or after the first day of January of the calendar year next following that in which notice of termination is given;

b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Maßgebend für die Berechnung der Frist ist der Tag des Eingangs der Kündigung bei dem anderen Vertragsstaat.

Geschehen zu Mexiko-Stadt am 9. Juli 2008, in zwei Urschriften, jede in deutscher, spanischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des spanischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

b) in the case of other taxes, in respect of taxes levied for periods beginning on or after the first day of January of the calendar year next following that in which notice of termination is given.

The date of receipt of such notice by the other Contracting State shall be definitive for the determination of the deadline.

Done at Mexico-City on July 9th 2008 in two originals, each in the German, Spanish and English languages, all three texts being authentic. In the case of divergent interpretation of the German and the Spanish texts, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Roland Wegener

Für die Vereinigten Mexikanischen Staaten
For the United Mexican States

Agustín Guillermo Carstens Carstens

Protokoll
zu dem Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Mexikanischen Staaten
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen,
unterzeichnet am 9. Juli 2008

Protocol
to the Agreement
between The Federal Republic of Germany
and The United Mexican States
for the Avoidance of Double Taxation and of Tax Evasion
with respect to Taxes on Income and on Capital,
signed on July 9th 2008

Die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Mexikanischen Staaten haben ergänzend zum Abkommen vom 9. Juli 2008 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

The Federal Republic of Germany and the United Mexican States have in addition to the Agreement of July 9th 2008 for the Avoidance of Double Taxation and of Tax Evasion with respect to Taxes on Income and on Capital agreed on the following provisions, which shall form an integral part of the said Agreement:

1. Zum Abkommen:

- a) In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland schließt der Ausdruck „Vertragsstaat“ die „Länder“ ein. Der Ausdruck „Länder“ bezeichnet die deutschen Länder gemäß dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.
- b) Werden Einkünfte oder Gewinne von einer oder über eine Person erzielt, die nach dem Recht eines der Vertragsstaaten als solche nicht steuerpflichtig ist, gelten diese als von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person erzielt, soweit sie im Sinne der Steuergesetze dieses Staates als Einkünfte und Gewinne dieser ansässigen Person gelten.
- c) Für Zwecke der Anwendung des Abkommens wird die feste Einrichtung gemäß den für Betriebsstätten geltenden Grundsätzen behandelt, soweit die einer festen Einrichtung zuzurechnenden Einkünfte gemäß den Grundsätzen für die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Einkünfte ermittelt und behandelt werden.

2. Zu den Artikeln 3, 4, 8, 13, 15 und 22:

Der „Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung“ ist der Ort, an dem die für die Geschäftsführung des Rechtsträgers grundlegenden Unternehmens- und Geschäftsentscheidungen im Großen und Ganzen getroffen werden. Der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung ist gewöhnlich der Ort, an dem die höchstrangige Person oder Personengruppe ihre Entscheidungen trifft, oder auch der Ort, an dem über die von dem Rechtsträger als Ganzem zu treffenden Maßnahmen entschieden wird.

3. Zu Artikel 7:

- a) In Bezug auf Artikel 7 Absatz 1 gilt, dass Gewinne aus der Veräußerung von Gütern oder Waren im Staat der Betriebsstätte dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können, wenn die Betriebsstätte nachweislich an der Transaktion beteiligt war, jedoch nur auf der Grundlage des Betrags, der der Betriebsstätte aufgrund einer Funktionsanalyse unter Berücksichtigung der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit, der eingegangenen Risiken und der eingesetzten Vermögenswerte zuzurechnen ist.

1. With reference to the Agreement:

- a) In respect of the Federal Republic of Germany, the term “Contracting State” includes “Länder”. The term “Länder” means German States in accordance with the Basic Law of the Federal Republic of Germany.
- b) In the case of an item of income, profit or gain derived by or through a person that is fiscally transparent under the laws of either Contracting State, such item shall be considered to be derived by a resident of a State to the extent that the item is treated for the purposes of the taxation law of such State as the income, profit or gain of that resident.
- c) It is understood that for the application of the Agreement the fixed base will be treated in accordance with the principles that apply to permanent establishments insofar as the income attributable to a fixed base will be determined and treated in accordance with the principles that apply to the income attributable to a permanent establishment.

2. With reference to Articles 3, 4, 8, 13, 15 and 22:

It is understood that the “place of effective management” is the place where key management and commercial decisions that are necessary for the conduct of the entity’s business are in substance made. The place of the effective management will ordinarily be the place where the most senior person or group of persons makes its decisions, the place where the actions to be taken by the entity as a whole are determined.

3. With reference to Article 7:

- a) With reference to paragraph 1 of Article 7, profits derived from the alienation of goods or merchandise in the State of the permanent establishment may be attributed to that permanent establishment, if it is proved that the permanent establishment has been involved in that operation, but only on the basis of the amount which is attributable to the permanent establishment based on a functional analysis taking into account the activity actually performed, the risk taken and the assets used.

- b) Hat ein Unternehmen eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, so werden im Fall von Verträgen, insbesondere über Entwürfe, Lieferungen, Einbau oder Bau von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen oder Einrichtungen, oder von öffentlichen Aufträgen, die Gewinne dieser Betriebsstätte nicht auf der Grundlage des Gesamtvertragspreises, sondern nur auf der Grundlage des Betrags ermittelt, der der Betriebsstätte aufgrund einer Funktionsanalyse unter Berücksichtigung der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit, der eingegangenen Risiken und der eingesetzten Vermögenswerte zuzurechnen ist. Gewinne aus der Lieferung von Waren an die Betriebsstätte oder Gewinne im Zusammenhang mit dem Teil des Vertrages, der in dem Vertragsstaat durchgeführt wird, in dem der Sitz des Stammhauses des Unternehmens liegt, können nur in diesem Staat besteuert werden.
- c) Vergütungen für technische Dienstleistungen einschließlich Studien oder Entwürfe wissenschaftlicher, geologischer oder technischer Art oder für Konstruktionsverträge einschließlich dazugehöriger Blaupausen oder für Beratungs- oder Überwachungstätigkeit gelten als Vergütungen, auf die Artikel 7 des Abkommens anzuwenden ist.
- b) In the case of contracts, in particular for the survey, supply, installation or construction of industrial, commercial or scientific equipment or premises, or of public works, where the enterprise has a permanent establishment in the other Contracting State, the profits of such permanent establishment shall not be determined on the basis of the total amount of the contract, but only on the basis of the amount which is attributable to the permanent establishment based on a functional analysis taking into account the activity actually performed, the risk taken and the assets used. Profits derived from the supply of goods to that permanent establishment or profits related to the part of the contract which is carried out in the Contracting State in which the head office of the enterprise is situated shall be taxable only in that State.
- c) Payments received as a consideration for technical services, including studies or surveys of a scientific, geological or technical nature, or for engineering contracts including blue prints related thereto, or for consultancy or supervisory services shall be deemed to be payments to which the provisions of Article 7 of the Agreement apply.

4. Zu Artikel 8:

Zu den Gewinnen nach Artikel 8 Absatz 1 gehören nicht die Gewinne aus einer anderen Transporttätigkeit als dem Betrieb von Schiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr.

5. Zu Artikel 10:

In der Bundesrepublik Deutschland werden Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen als Dividenden behandelt.

6. Zu den Artikeln 10 und 11:

Ungeachtet der Artikel 10 und 11 können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung, einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland, beruhen und
- b) bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners der Dividenden oder Zinsen abzugsfähig sind.

7. Zu den Artikeln 11 und 12:

- a) Bezüglich des Artikels 11 Absatz 6 gilt Folgendes: Wird das Darlehen vom Stammhaus des Unternehmens aufgenommen und wirkt sich der betreffende Betrag auf mehrere Betriebsstätten oder feste Einrichtungen in verschiedenen Ländern aus, gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt, jedoch nur in der Höhe des von dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung getragenen Anteils der Zinszahlung.
- b) Bezüglich des Artikels 12 Absatz 5 gilt Folgendes: Wird die Verpflichtung zur Zahlung von Lizenzgebühren vom Stammhaus des Unternehmens eingegangen und gehören die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu mehreren Betriebsstätten oder festen Einrichtungen in verschiedenen Ländern, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt, jedoch nur in der Höhe des von dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung getragenen Anteils der Lizenzzahlung.

4. With reference to Article 8:

It is understood that the profits referred to in paragraph 1 of Article 8 shall not include profits derived from a transport activity other than the operation of ships or aircraft in international traffic.

5. With reference to Article 10:

It is understood that in the case of the Federal Republic of Germany distributions on certificates of an investment fund are treated as dividends.

6. With reference to Articles 10 and 11:

Notwithstanding the provisions of Articles 10 and 11 of this Agreement, dividends and interest may be taxed in the Contracting States in which they arise, and according to the law of that State,

- a) if they are derived from rights or debt claims carrying a right to participate in profits, including income derived by a silent partner ("stiller Gesellschafter") from his participation as such, or from a loan with an interest rate linked to borrower's profit ("partiarisches Darlehen") or from profit sharing bonds ("Gewinnobligationen") within the meaning of the tax law of the Federal Republic of Germany and
- b) under the condition that they are deductible in the determination of profits of the debtor of such income.

7. With reference to Articles 11 and 12:

- a) For the purposes of the provisions of paragraph 6 of Article 11, if the loan is incurred by the head office of the enterprise and the amount in question affects several permanent establishments or fixed bases situated in different countries, then the interest shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated, but only so much of the interest payment as is borne by such permanent establishment or fixed base.
- b) For the purposes of the provisions in paragraph 5 of Article 12, where the obligation to pay the royalties is incurred by the head office of the enterprise and the right or property in respect of which they are paid is effectively connected with several permanent establishments or fixed bases situated in different countries, then the royalties shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated, but only so much of the royalty payment as is borne by such permanent establishment or fixed base.

8. Zu Artikel 19:

Das Goethe-Institut und der Deutsche Akademische Austauschdienst gelten als juristische Personen des öffentlichen Rechts im Sinne des Artikels 19. Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter, die an natürliche Personen für Dienste gezahlt werden, die diesen Einrichtungen erbracht werden, ist Artikel 19 Absätze 1 und 2 anzuwenden. Werden diese Vergütungen im Gründungsstaat der Einrichtung nicht besteuert, so gilt Artikel 15. Die Vertragsstaaten können in gegenseitigem Einvernehmen vereinbaren, dass diese Bestimmung auf andere vergleichbare Einrichtungen Anwendung findet.

9. Zu Artikel 26:

Falls aufgrund dieses Abkommens personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend zum innerstaatlichen Recht die nachfolgenden Vorschriften vorbehaltlich der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu dem angegebenen Zweck und nur zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
- b) Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
- d) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung solcher Daten unverzüglich vorzunehmen.
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- f) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist.
- g) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende innerstaatliche Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsvorschriften vorsieht, weist diese Stelle die empfangende Stelle darauf hin. Unabhängig von diesem Recht sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- i) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten

8. With reference to Article 19:

The Goethe Institute and the German Academic Exchange Service ("Deutscher Akademischer Austauschdienst") are deemed to be legal entities under public law in the meaning of Article 19. The provisions of paragraphs 1 and 2 of Article 19 shall apply in respect of salaries, wages and other similar remuneration and pensions paid to individuals in respect of services rendered to such institutions. If such remuneration is not taxed in the State where the institution was founded, the provisions of Article 15 shall apply. The Contracting States can mutually agree that this provision will be applied to other comparable institutions.

9. With reference to Article 26:

If personal data are exchanged under this Agreement, the following provisions in addition to domestic law shall apply subject to the legal provisions in effect for each Contracting State:

- a) The receiving agency may use such data only for the stated purpose and shall be subject to the conditions prescribed by the supplying agency.
- b) The receiving agency shall on request inform the supplying agency about the use of the supplied data and the results achieved thereby.
- c) Personal data may be supplied only to the responsible agencies. Any subsequent supply to other agencies may be effected only with the prior approval of the supplying agency.
- d) The supplying agency shall be obliged to ensure that the data to be supplied are accurate and that they are necessary for and proportionate to the purpose for which they are supplied. If it emerges that inaccurate data or data which should not have been supplied have been supplied, the receiving agency shall be informed of this without delay. That agency shall be obliged to correct or erase such data without delay.
- e) Upon application the person concerned shall be informed of the supplied data relating to him and of the use to which such data are to be put. There shall be no obligation to furnish this information if on balance it turns out that the public interest in withholding it outweighs the interest of the person concerned in receiving it. In all other respects, the right of the person concerned to be informed of the existing data relating to him shall be governed by the domestic law of the Contracting State in whose sovereign territory the application for the information is made.
- f) The receiving agency shall bear liability in accordance with its domestic laws in relation to any person suffering unlawful damage as a result of supply under the exchange of data pursuant to this Agreement. In relation to the damaged person, the receiving agency may not plead to its discharge that the damage had been caused by the supplying agency.
- g) Where the domestic law of the supplying agency contains special provisions for the deletion of the personal data supplied, that agency shall inform the receiving agency accordingly. Irrespective of such law, supplied personal data shall be erased once they are no longer required for the purpose for which they were supplied.
- h) The supplying and the receiving agencies shall be obliged to keep official records of the supply and receipt of personal data.
- i) The supplying and the receiving agencies shall be obliged to take effective measures to protect the personal data

wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

supplied against unauthorised access, unauthorised alteration and unauthorised disclosure.

Geschehen zu Mexiko-Stadt am 9. Juli 2008, in zwei Urschriften, jede in deutscher, spanischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des spanischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Done at Mexico-City on July 9th 2008 in two originals, each in the German, Spanish and English languages, all three texts being authentic. In the case of divergent interpretation of the German and the Spanish texts, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Roland Wegener

Für die Vereinigten Mexikanischen Staaten
For the United Mexican States

Agustín Guillermo Carstens Carstens

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 12. November 2008
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Bulgarien
über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung
des grenzüberschreitenden Missbrauchs bei Leistungen und Beiträgen
zur sozialen Sicherheit durch Erwerbstätigkeit
und von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit
sowie bei illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit**

Vom 10. Juli 2009

Der Bundestag hat mit der Mehrheit seiner Mitglieder und mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Sofia am 12. November 2008 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bulgarien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Missbrauchs bei Leistungen und Beiträgen zur sozialen Sicherheit durch Erwerbstätigkeit und von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit sowie bei illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, Änderungen gemäß Artikel 10 des Vertrages, die sich im Rahmen des Vertragszwecks halten, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

(2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, Staatsverträge mit ausländischen Staaten über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen und zu ändern, soweit sich die Staatsverträge innerhalb des Zwecks des in Artikel 1 bezeichneten Vertrages mit Bulgarien halten.

(3) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, Regierungsübereinkünfte und Ressortabkommen mit ausländischen Staaten über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen und zu ändern, soweit sich die Regierungsübereinkünfte und Ressortabkommen innerhalb des Zwecks des in Artikel 1 bezeichneten Vertrages mit Bulgarien halten.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Absatz 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 10. Juli 2009

Der Bundespräsident
Horst Köhler

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister der Finanzen
Peer Steinbrück

Der Bundesminister des Auswärtigen
Steinmeier

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bulgarien
über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung
des grenzüberschreitenden Missbrauchs bei Leistungen und Beiträgen
zur sozialen Sicherheit durch Erwerbstätigkeit
und von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit
sowie bei illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit

Договор
между Федерална република Германия и Република България
за сътрудничество в борбата с трансграничната злоупотреба
при обезщетения и вноски за социална сигурност от заетост
и с нерегистрираната заетост,
както и при нелегална трансгранична временна заетост

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Republik Bulgarien

(im Folgenden „Vertragsstaaten“ genannt) –

Федерална република Германия

и

Република България

(наричани по-долу „Договарящи държави“) –

Bezug nehmend auf die Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union vom 22. April 1999 über einen „Verhaltenskodex für die Verbesserung der Zusammenarbeit der Behörden der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Missbrauchs bei Sozialversicherungsleistungen und -beiträgen und von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit sowie bei grenzüberschreitender Leiharbeit“,

unter Berücksichtigung der Bestimmungen über die gegenseitige Amtshilfe und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen und Einrichtungen der beiden Vertragsstaaten, die bereits durch die Verordnung (EWG) Nummer 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, und durch die Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (einschließlich der Kontrolle der maßgeblichen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen) vorgesehen sind,

unter Berücksichtigung der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr,

in der Auffassung, dass es zur Umsetzung der vorgenannten Bestimmungen von Bedeutung ist, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu intensivieren und zu diesem Zweck die zuständigen Stellen, die Ebenen und Formen der Zusammenarbeit zu benennen,

in dem Bewusstsein, dass national unterschiedliche Herangehensweisen und Definitionen im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Missbrauchs bei Leistungen und Beiträgen zur sozialen Sicherheit durch Erwerbstätigkeit und von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit sowie bei illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit bestehen –

sind wie folgt übereingekommen:

позовавайки се на Декларацията на Съвета и на обединените в Съвета представители на правителствата на страните-членки на Европейския съюз от 22 април 1999 г. относно „Кодекс на поведението за подобряване на сътрудничеството между органите на страните-членки при борбата с трансграничната злоупотреба при обезщетения и вноски за социална сигурност и с нерегистрирана заетост, както и при трансгранична временна заетост“,

като вземат предвид разпоредбите за взаимна служебна помощ и сътрудничество между компетентните служби и учреждения на двете Договарящи държави, предвидени още в Регламент (ЕИО) 1408/71 на Съвета от 14 юни 1971 г. за прилагане на системите за социална сигурност на наети и самостоятелно заети лица, както и членовете на техните семейства, които се движат в рамките на Общността, и с Директива 96/71/ЕО на Европейския парламент и Съвета от 16 декември 1996 г. относно изпращане на наети лица в рамките на извършването на услуги (включително контрола на регламентираните условия на труд и заетост),

като вземат предвид Директива 95/46/ЕО на Европейския парламент и на Съвета от 24 октомври 1995 г. за защита на физическите лица при обработването на лични данни и за свободното движение на тези данни,

като съзнават, че за прилагането на горепосочените разпоредби е от значение разширяването на трансграничното сътрудничество и за тази цел следва да се посочат компетентните служби, равнищата и формите на сътрудничество,

като съзнават, че на национално равнище съществуват различни подходи и дефиниции във връзка с борбата със злоупотребата при обезщетения и вноски за социална сигурност от заетост и с нерегистрирана заетост, както и при нелегалната трансгранична временна заетост –

се споразумяха, както следва:

Artikel 1**Zweck des Vertrags**

(1) Die Vertragsstaaten streben eine Intensivierung der Zusammenarbeit ihrer Stellen bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Missbrauchs bei Leistungen und Beiträgen zur sozialen Sicherheit durch Erwerbstätigkeit und von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit sowie bei illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit an.

(2) Die Vorschriften über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen bleiben unberührt.

Artikel 2**Räumlicher Geltungsbereich des Vertrags**

Der Vertrag gilt für das gesamte Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland.

Der Vertrag gilt für das gesamte Hoheitsgebiet der Republik Bulgarien.

Artikel 3**Bestimmung der zuständigen Stellen**

(1) Dieser Vertrag wird auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland durch diejenigen Stellen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen und auf Seiten der Republik Bulgarien durch diejenigen Stellen in den Geschäftsbereichen des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik und des Ministeriums der Finanzen durchgeführt, in deren Zuständigkeit die in Artikel 1 Absatz 1 beschriebenen Aufgaben fallen.

(2) Das Bundesministerium der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik und das Ministerium der Finanzen der Republik Bulgarien benennen zentrale Stellen, die für die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Vertrags hauptverantwortlich zuständig sind.

Artikel 4**Ebenen der Zusammenarbeit**

(1) Die Zusammenarbeit erfolgt jeweils auf Ebene

1. des Bundesministeriums der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik und des Ministeriums der Finanzen der Republik Bulgarien sowie
2. der nach Artikel 3 Absatz 2 benannten Stellen.

(2) Die für die in Artikel 1 genannten Aufgabengebiete zuständigen Prüf- und Kontrollbehörden und sonstige zuständige Stellen können unmittelbar zusammenarbeiten, soweit die in Absatz 1 genannten Stellen dies vorsehen.

Artikel 5**Formen der Zusammenarbeit**

(1) Das Bundesministerium der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik und das Ministerium der Finanzen der Republik Bulgarien unterrichten sich unmittelbar über wesentliche Änderungen der Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die im Anwendungsbezug dieses Vertrags erfolgen.

(2) Die Stellen nach Artikel 3 Absatz 2 unterstützen sich gegenseitig nach Maßgabe der jeweils geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften, insbesondere durch

1. den Informationsaustausch über Aufbau und Aufgaben der Prüf- und Kontrollbehörden und die Benennung der zuständigen Ansprechpartner;

Член 1**Цел на Договора**

(1) Договарящите държави се стремят към подобряване на сътрудничеството между своите служби при борбата с трансграничната злоупотреба при обезщетения и вноски за социална сигурност от заетост и с нерегистрирана заетост, както и при нелегалната трансгранична временна заетост.

(2) Разпоредбите за международната правна помощ по отношение на наказателни дела остават незасегнати.

Член 2**Териториално приложение на Договора**

Договорът важи за цялата държавна територия на Федерална република Германия.

Договорът важи за цялата държавна територия на Република България.

Член 3**Определяне на компетентните служби**

(1) Този Договор се осъществява от страна на Федерална република Германия от службите от компетентността на Федералното министерство на финансите, в чиито правомощия попадат описаните в член 1, алинея 1 задачи и от страна на Република България от службите от компетентността на Министерството на труда и социалната политика и на Министерството на финансите.

(2) Федералното министерство на финансите на Федерална република Германия и Министерството на труда и социалната политика и Министерството на финансите на Република България назовават централни служби, които са компетентни и основно отговорни за сътрудничеството в рамките на този Договор.

Член 4**Равнища на сътрудничество**

(1) Сътрудничеството се осъществява съответно на равнището

1. на Министерството на труда и социалната политика и на Министерството на финансите на Република България и на Федералното министерство на финансите на Федерална република Германия, както и
2. на назованите в член 3, алинея 2 служби.

(2) Проверяващите и контролните органи, които са компетентни за посочените в член 1 области от задачи, както и други компетентни служби, могат да си сътрудничат непосредствено, доколкото това се предвижда от посочените в алинея 1 служби.

Член 5**Форми на сътрудничество**

(1) Федералното министерство на финансите на Федерална република Германия и Министерството на труда и социалната политика и Министерството на финансите на Република България се уведомяват взаимно директно относно съществени изменения на правните и административни разпоредби, които засягат сферата на приложение на този Договор.

(2) Службите съгласно член 3, алинея 2 се подкрепят взаимно съгласно действащи вътрешни нормативни актове, по-специално чрез:

1. обмяна на информация относно структурата и задачите на проверяващите и контролните органи и посочването на компетентните лица за контакти;

2. die gemeinsame Planung und Durchführung präventiver Maßnahmen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich;
3. den Informationsaustausch über Prüf- und Arbeitsmethoden;
4. die Übermittlung von zur ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten auf Ersuchen im Wege der Amtshilfe und Übersendung von Dokumenten;
5. die unaufgeforderte Übermittlung von Mitteilungen (unaufgeforderte Mitteilungen);
6. die Unterrichtung über den Fortgang eines Verfahrens, soweit dies erbeten wird, sowie
7. den Austausch von Bediensteten.

(3) Absatz 2 gilt entsprechend im Falle einer direkten Zusammenarbeit der Prüf- und Kontrollbehörden gemäß Artikel 4 Absatz 2.

Artikel 6

Ersuchen und unaufgeforderte Mitteilungen

(1) Ersuchen und unaufgeforderte Mitteilungen nach Artikel 5 Absatz 2 Nummern 4 und 5 müssen mindestens die folgenden Angaben enthalten:

1. Angaben zu in Rede stehenden Firmen oder Personen und
2. eine kurze, verständliche Darstellung des Sachverhalts.

Ersuchen müssen zusätzlich die ersuchende Stelle, den Gegenstand und Grund des Ersuchens sowie die Informationen oder Handlungen benennen, um deren Übermittlung oder Durchführung ersucht wird.

(2) Die ersuchte Stelle kann weitere, für die Bearbeitung erforderliche Informationen anfordern.

(3) Ersuchen und unaufgeforderte Mitteilungen können formlos schriftlich, fernschriftlich oder elektronisch übermittelt werden.

(4) Die Bearbeitung eines Ersuchens oder die unaufgeforderte Mitteilung unterbleibt, wenn hierdurch ein nicht vertretbarer Verwaltungsaufwand verursacht wird oder innerstaatliche Vorschriften beziehungsweise die Verwaltungspraxis der Bearbeitung entgegenstehen. Die ersuchende Stelle ist unter Benennung der Gründe zu informieren, wenn ein Ersuchen nicht bearbeitet werden kann. Bei Weiterleitung an eine andere Stelle ist die ersuchende Stelle zu unterrichten.

Artikel 7

Kosten

Jeder Vertragsstaat trägt die für seine Stellen aus der Anwendung dieses Vertrags entstehenden Kosten.

Artikel 8

Datenschutz

Soweit aufgrund dieses Vertrags nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

1. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Vertrag bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgesehenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Ver-

Член 6

Официални молби и уведомления без поискване

(1) Официални молби и уведомления без поискване съгласно член 5, алинея 2, точки 4 и 5, трябва да съдържат най-малко следните данни:

1. данни за фирмите или лицата, за които става въпрос, и
2. кратко, разбираемо представяне на фактите и обстоятелствата.

В официалните молби трябва допълнително да се посочи службата, отправящата молбата, предметът и основаниято за молбата, както и информацията или действията, за чието предаване или извършване се моли.

(2) Службата, към която е отправена молбата, може да изисква допълнителна, необходима за обработката информация.

(3) Официални молби и уведомления без поискване могат да се предават без спазване на определена форма писмено, по факс или електронно.

(4) Официална молба не се обработва или уведомление без поискване не се извършва, когато това причинява несъразмерен административен разход или когато вътрешнодържавни разпоредби, респективно административната практика противоречат на обработването им. Службата, която отправя официалната молба, следва да бъде информирана с посочване на причините, когато дадена официална молба не може да бъде обработена. При предаване към друга служба, службата, отправяща молбата, следва да бъде информирана.

Член 7

Разходи

Всяка Договаряща държава поема разходите, които възникват за нейните служби при прилагане на този Договор.

Член 8

Защита на данните

Доколкото въз основа на този Договор съгласно националното законодателство се предават лични данни, при спазване на нормативни актове, които са в сила за всяка Договаряща държава, се прилагат следните разпоредби:

1. След запитване от предаващата служба, получателят уведомява относно използването на предадените данни и постигнатите чрез това резултати.
2. Използването на данните от получателя е допустимо само за посочените в този Договор цели и при предвидените от предаващата служба условия. Извън това, използването е допустимо за предотвратяване и пре-

hütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.

3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Daten unverzüglich zu berichtigen oder zu löschen.
4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
5. Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende nationale Recht in Bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Lösungsfristen vorsieht, weist die übermittelnde Stelle den Empfänger darauf hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
6. Die übermittelnde Stelle und der Empfänger sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
7. Die übermittelnde Stelle und der Empfänger sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 9

Gemischte Kommission

(1) Eine gemischte Kommission, die sich aus Vertretern des Bundesministeriums der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik und des Ministeriums der Finanzen der Republik Bulgarien sowie der in Artikel 3 genannten Stellen zusammensetzt, tritt erstmals 12 Monate nach Inkrafttreten dieses Vertrags und anschließend auf Wunsch der Vertragsstaaten, mindestens jedoch alle zwei Jahre zusammen. Ziel ist es, die aufgrund dieses Vertrags erzielten Ergebnisse zu bewerten und alle Fragen der Auslegung oder der Anwendung des Vertrags zu behandeln.

(2) Die gemischte Kommission kann Vertreter anderer nationaler Stellen sowie solche anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die an der Erreichung der Ziele des Vertrags interessiert sind, einladen, an ihren Arbeiten teilzunehmen.

Artikel 10

Änderung des Vertrags und Anlagen

(1) Dieser Vertrag kann im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsstaaten jederzeit durch gesonderte Vereinbarung geändert werden.

следване на престъпления от особена значимост, както и за целите на предотвратяване на съществени опасности за обществената сигурност.

3. Предаващата служба е длъжна да следи за верността на предаваните данни, както и за необходимостта и еквивалентността по отношение на преследваната чрез предаването на данните цел. Тук следва да се съблюдават въведените съгласно съответното национално законодателство забрани за предаване на данни. Предаването на данни не се осъществява, когато предаващата служба има основание да предполага, че по този начин би била нарушена целта на вътрешен нормативен акт или биха били накърнени интереси на засегнатите лица, които би следвало да бъдат защитавани. Ако се окаже, че са предадени неверни данни или данни, които не е трябвало да бъдат предавани, тогава това трябва да се съобщи незабавно на получателя. Той е длъжен незабавно да коригира или изтрие данните.
4. Засегнатият трябва да бъде информиран при поискване относно предадените данни за личността му, както и за предвиденото предназначение. Задължение за информиране не съществува, ако преценката покаже, че общественият интерес, в случай че не бъде предоставена информация, е по-голям от интереса на засегнатия от това, да бъде информиран. Иначе правото на засегнатия да получи информация за съществуващите за личността му данни следва националното законодателство на съответната Договаряща държава, на чиято държавна територия е изискана информацията.
5. Доколкото действащото спрямо предаващата служба национално законодателство по отношение на предадените лични данни предвижда определени срокове за заличаването им, то предаващата служба следва да обърне внимание на получателя върху това. Независимо от тези срокове предадените лични данни се заличават веднага, щом вече не са необходими за целта, за която са били предадени.
6. Предаващата служба и получателят са длъжни да документират предаването и получаването на лични данни.
7. Предаващата служба и получателят са длъжни да пазят отговорно предадените лични данни от неправомерен достъп, неправомерна промяна и неправомерно оповестяване.

Член 9

Смесена комисия

(1) Смесена комисия, която се състои от представители на Федералното министерство на финансите на Федерална република Германия и на Министерството на труда и социалната политика и на Министерството на финансите на Република България, както и на назованите в член 3 служби, се събира за първи път 12 месеца след влизане в сила на Договора, а след това по желание на Договарящите държави, но не по-малко от веднъж на две години. Целта е да бъдат оценени постигнатите въз основа на този Договор резултати и да бъдат обсъдени всички въпроси по тълкуването или прилагането на Договора.

(2) Смесената комисия може да покани за участие и представители на други национални служби, както и служби от други страни-членки на Европейския съюз, които са заинтересовани от постигане целите на Договора.

Член 10

Изменение на Договора и Приложения

(1) По взаимно съгласие на Договарящите държави, по всяко време чрез отделно споразумение Договорът може да бъде променян.

(2) Dem Vertrag ist eine Anlage beigefügt, die den Zuständigkeitsbereich der Stellen nach Artikel 3 Absatz 1 darstellt sowie die zentralen Stellen nach Artikel 3 Absatz 2 benennt, und die Bestandteil dieses Vertrages ist. Diese Anlage kann durch Notenwechsel geändert werden.

Artikel 11

Durchführung des Vertrags

Das Bundesministerium der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik und das Ministerium der Finanzen der Republik Bulgarien verpflichten sich, binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrags die Durchführung des Vertrags für ihren Geschäftsbereich zu regeln.

Artikel 12

Registrierung des Vertrags

Die Registrierung dieses Vertrags beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Republik Bulgarien veranlasst. Der andere Vertragsstaat wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Artikel 13

Inkrafttreten des Vertrags

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Austausch der Ratifikationsurkunden folgt.

Artikel 14

Kündigung des Vertrags

Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jedem Vertragsstaat durch eine schriftliche Notifikation an den anderen Vertragsstaat gekündigt werden. Diese Kündigung wird drei Monate nach Eingang der Notifikation bei dem anderen Vertragsstaat wirksam.

Geschehen zu Sofia am 12. November 2008 in zwei Urschriften, jede in deutscher und bulgarischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(2) Към настоящия Договор се прилага Приложение, което определя сферата на компетентност на службите по член 3, алинея 1, както и централните служби по член 3, алинея 2 и е неразделна част от Договора. Това Приложение може да бъде изменяно чрез размяна на ноти.

Член 11

Прилагане на Договора

Федералното министерство на финансите на Федерална република Германия и Министерството на труда и социалната политика и Министерството на финансите на Република България се задължават в срок от шест месеца след влизането в сила на този Договор да регламентират прилагането на Договора в сферата на техните правомощия.

Член 12

Регистрация на Договора

Веднага след влизането в сила на Договора Република България ще предприеме съответните действия за регистрацията му в Секретариата на Обединените нации, съгласно член 102 от Хартата на Обединените нации. След потвърждаване на регистрацията от Секретариата на Обединените нации, другата Договаряща държава ще бъде информирана за направената регистрация и получения от Обединените нации регистрационен номер.

Член 13

Влизане в сила на Договора

(1) Този Договор подлежи на ратификация; ратификационните документи ще бъдат разменени във възможно най-кратки срокове.

(2) Този Договор влиза в сила на първия ден от третия месец, следващ размяната на ратификационните документи.

Член 14

Прекратяване на Договора

Този Договор се сключва за неопределен срок. Той може да бъде прекратен от всяка една от Договарящите държави след писмено уведомяване на другата Договаряща държава. Прекратяването поражда действие три месеца след постъпване на уведомяването при другата Договаряща държава.

Сключен в София на 12 ноември 2008 г. в два оригинала, всеки един на немски и български език, при което всеки текст е в еднаква степен обвързващ.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федерална република Германия
Michael Geier

Für die Republik Bulgarien
За Република България
Emilija Maslarova
Plamen Orešarski

Anlage
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Bulgarien
über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung
des grenzüberschreitenden Missbrauchs bei Leistungen und Beiträgen
zur sozialen Sicherheit durch Erwerbstätigkeit
und von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit
sowie bei illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit

Приложение
към Договора
между Федерална република Германия
и Република България
относно сътрудничество в борбата с трансграничната злоупотреба
при обезщетения и вноски за социална сигурност от заетост
и с нерегистрираната заетост,
както и при нелегална трансгранична временна заетост

A) Bundesrepublik Deutschland

- I. Darstellung des Zuständigkeitsbereichs der Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland (gemäß Artikel 3 Absatz 1 des Vertrags)

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bulgarien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Missbrauchs bei Leistungen und Beiträgen zur sozialen Sicherheit durch Erwerbstätigkeit und von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit sowie bei illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit regelt in Artikel 3 Absatz 1, dass der Vertrag auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland durch diejenigen Stellen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen und auf Seiten der Republik Bulgarien durch diejenigen Stellen in den Geschäftsbereichen des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik und des Ministeriums der Finanzen durchgeführt wird, in deren Zuständigkeit die in Artikel 1 Absatz 1 beschriebenen Aufgaben fallen.

Die in Artikel 1 Absatz 1 beschriebenen Aufgaben umfassen die Bekämpfung des grenzüberschreitenden Missbrauchs bei Leistungen und Beiträgen zur sozialen Sicherheit durch Erwerbstätigkeit und von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit sowie bei illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit. Der letzte Absatz der Präambel weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass für diese Aufgaben national unterschiedliche Herangehensweisen und Definitionen bestehen.

In der Bundesrepublik Deutschland werden diese Aufgaben als Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung bezeichnet und von dem Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitbekämpfungsgesetz – SchwarzArbG) erfasst.

Nach § 1 Absatz 2 SchwarzArbG leistet Schwarzarbeit, wer Dienst- oder Werkleistungen erbringt oder ausführen lässt und dabei

1. als Arbeitgeber, Unternehmer oder versicherungspflichtiger Selbstständiger seine sich auf Grund der Dienst- oder Werkleistungen ergebenden sozialversicherungsrechtlichen Melde-, Beitrags- oder Aufzeichnungspflichten nicht erfüllt (Vor-

A) Федерална република Германия

- I. Представяне на областта на компетенции на финансовия контрол „Работа на черно“ на управление „Митници“ в сферата на действие на Федералното Министерство на финансите на Федерална република Германия (съгласно член 3, алинея 1 на Договора)

В член 3, алинея 1 от Договора между Федерална република Германия и република България за сътрудничество в борбата с трансграничната злоупотреба при обезщетения и вноски за социална сигурност от заетост и с нерегистрираната заетост, както и при нелегална трансгранична временна заетост, е указано, че от страна на Федерална република Германия и от страна на Република България Договорът засяга тези органи в сферата на Федералното Министерство на финансите, както и съответните органи в сферата на българските Министерство на труда и социалната политика и Министерство на финансите, в чиято компетентност попадат описаните в член 1, алинея 1 задачи.

Описаните в член 1, алинея 1 задачи обхващат борбата с трансграничната злоупотреба при обезщетения и вноски за социална сигурност от заетост и с нерегистрираната заетост, както и при нелегална трансгранична временна заетост. В тази връзка последният абзац от уводната част указва, че за тези задачи съществуват различни национални дефиниции и подходи.

Във Федерална република Германия тези задачи се определят като борба срещу „работата на черно“ и нелегалната заетост и се обхващат от Закона за борба с работата на черно и нелегална заетост (Закон за борба с работата на черно).

Според параграф 1, алинея 2 на Закона за борба с работата на черно „работа на черно“ упражнява този, който извършва услуги или работа, или допуска те да бъдат извършени, като същевременно:

1. въз основа на извършвани услуги или работа не изпълнява правните си задължения в областта на социалната сигурност като работодател, предприемач или самоосигуряващо се лице за регистрация, вноски или обявя-

enthalten von Sozialversicherungsbeiträgen),

2. als Steuerpflichtiger seine sich auf Grund der Dienst- oder Werkleistungen ergebenden steuerlichen Pflichten nicht erfüllt (Steuerhinterziehung),
3. als Empfänger von Sozialleistungen seine sich auf Grund der Dienst- oder Werkleistungen ergebenden Mitteilungspflichten gegenüber dem Sozialleistungsträger nicht erfüllt (Leistungsmissbrauch),
4. als Erbringer von Dienst- oder Werkleistungen seiner sich daraus ergebenden Verpflichtung zur Anzeige vom Beginn des selbstständigen Betriebes eines stehenden Gewerbes nicht nachgekommen ist oder die erforderliche Reisegewerbekarte nicht erworben hat (gewerberechtliche Verstöße),
5. als Erbringer von Dienst- oder Werkleistungen ein zulassungspflichtiges Handwerk als stehendes Gewerbe selbstständig betreibt, ohne in der Handwerksrolle eingetragen zu sein (handwerksrechtliche Verstöße).

Hilfeleistungen durch Angehörige oder Lebenspartner sowie in Form der Nachbarschaftshilfe, Gefälligkeit oder Selbsthilfe bleiben dabei weiterhin zulässig – vorausgesetzt, dass die Dienst- oder Werkleistungen nicht nachhaltig auf Gewinn gerichtet sind. Dabei sind unter „Dienst- oder Werkleistungen“ sowohl die Tätigkeiten von abhängig beschäftigten Arbeitnehmern als auch die Tätigkeiten von selbstständigen Unternehmern zu verstehen.

Schwarzarbeit geht in Deutschland regelmäßig einher mit „illegaler Beschäftigung“, die jedoch nicht im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz definiert wird. Als illegale Beschäftigung wird die Beschäftigung unter Verletzung von arbeitsmarkt- und ausländerrechtlichen Vorschriften bezeichnet:

1. Illegale Ausländerbeschäftigung:

Illegale Ausländerbeschäftigung ist die Beschäftigung von Ausländern ohne erforderliche Aufenthaltstitel und Arbeitsgenehmigungen und die Beschäftigung solcher Ausländer zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer.

2. Illegale Arbeitnehmerüberlassung:

Illegale Arbeitnehmerüberlassung ist der illegale Verleih von Arbeitnehmern an Dritte. Der Verleih von Arbeitnehmern ist grundsätzlich erlaubnispflichtig, der Verleih von Arbeitnehmern an ein Bauunternehmen ist grundsätzlich verboten.

3. Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz:

Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz liegen unter anderem vor, wenn bei Beschäftigung im Bereich des Baugewerbes Arbeitsbedingungen wie Mindestlohn, Urlaub oder Urlaubskassenbeiträge nach Maßgabe des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes nicht eingehalten werden.

Der Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland umfasst die Zuständigkeit für die Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung auf Ebene des Bundes.

Im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland sind die Zuständigkeiten für die Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung bei den Behörden der Zollverwaltung gebündelt. Für die Erfüllung dieser Aufgaben wurde der Arbeitsbereich Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung eingerichtet. Die Bediensteten des Arbeitsbereichs Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung führen Prüfungen durch und können in Straf- und Bußgeldverfahren ermitteln.

Nach § 2 Absatz 1 SchwarzArbG führen die Behörden der Zollverwaltung folgende verdachtsunabhängige Prüfungen durch:

ване на възнаграждението (неправомерно неизплащане на социално-осигурителните вноски);

2. въз основа на извършвани услуги или работа не изпълнява данъчните си задължения (укриване на данъци);
3. въз основа на извършвани услуги или работа като получател на социални обезщетения не изпълнява задълженията си да уведомява институцията, която ги отпуска (злоупотреба с обезщетения);
4. като предоставящ услуги или работа не изпълнява произтичащите му от това задължения за обявяване началото на самостоятелната дейност на вече съществуващ занаят или не е придобил необходимата служебна карта за пътуване (занаятчийско-правни нарушения);
5. като предоставящ услуги или работа, който упражнява самостоятелна дейност в рамките на вече съществуващ занаят, без да е вписан в Регистъра на занаятите (занаятчийско-правни нарушения).

Оказване на помощ от страна на членове на семействата или партньори, както и под формата на помощ от съседни, услуги или самопомощ, остават допустими в случай, че услугите или работата не са последователно насочени към печалба. Под „извършване на услуги или работа“ се разбира както упражняваните дейности от наети лица, така и от самостоятелните предприемачи.

„Работа на черно“ в Германия по принцип върви заедно с „нелегална заетост“, която обаче по този начин не е изрично дефинирана в Закона за борба с работата на черно. Като „нелегална заетост“ се определя заетостта, която е в нарушение на правните разпоредби, свързани с пазара на труда, както и с правните разпоредби, касаещи чужденците:

1. Нелегална заетост на чужденци

Нелегалната заетост на чужденци е заетост на чужденци без необходимото разрешение за престой и работа, както и заетостта на същите при неизгодни условия на труд в сравнение със сравними позиции, предлагани на германските работници.

2. Нелегално предоставяне на работници

Нелегално предоставяне на работници е нелегално преотстъпване на служители на трети лица. Принципно за такова преотстъпване на работници задължително е необходимо официално разрешение, забранено е обаче преотстъпване на работници на фирми в строителния бранш.

3. Нарушения на Закона за изпращане на чужденци за работа във Федерална република Германия

Нарушения на Закона за изпращане на чужденци за работа във Федерална република Германия са налице включително и в случаите, когато при работа в сферата на строителството не са спазени условията на труда, като минимална заплата, отпуск или вноски в Касата за отпуск, регламентирани в Закона.

Отговорностите и компетенциите на Федералното Министерство на финансите на Федерална република Германия за борба с работата на черно и нелегалната заетост са на федерално ниво.

В сферата на Федералното Министерство на финансите на Федерална република Германия компетенциите за борба с работата на черно и нелегалната заетост попадат в компетентност на службите на управление „Митници“. За изпълнение на тези задачи в управление „Митници“ е институционализирана специализираната група „Финансов контрол за работата на черно“. Служителите на специализираната група „Финансов контрол за работата на черно“ извършват проверки и могат да откриват наказателни процедури.

Според параграф 2, алинея 1 на Закона за работата на черно, службите на управление „Митници“ извършват след-

1. Prüfung, ob die sich aus den Dienst- oder Werkleistungen ergebenden Meldepflichten des Arbeitgebers nach § 28a des Vierten Buches Sozialgesetzbuch erfüllt werden oder wurden:

Die Behörden der Zollverwaltung prüfen, ob der Arbeitgeber den Pflichten, versicherungspflichtige Beschäftigte bei den Einzugstellen der Sozialversicherungsbeiträge zu melden, nachgekommen ist. Mit der Prüfung wird bezweckt, die ordnungsgemäße Meldung von Arbeitnehmern bei der Sozialversicherung sicherzustellen.

2. Prüfung, ob auf Grund der Dienst- oder Werkleistungen Sozialleistungen nach dem Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch oder Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz zu Unrecht bezogen werden oder wurden:

Die Behörden der Zollverwaltung prüfen, ob das Erbringen von Dienst- oder Werkleistungen den Trägern von Sozialleistungen richtig, vollständig und rechtzeitig mitgeteilt wurde, sofern es für den Bezug einer Sozialleistung erheblich ist.

Dabei umfassen die Sozialleistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch, deren unrechtmäßiger Bezug geprüft wird, insbesondere das Arbeitslosengeld; die Sozialleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch umfassen insbesondere das sog. Arbeitslosengeld II für erwerbsfähige Hilfsbedürftige zur Sicherung des Lebensunterhalts.

3. Prüfung, ob die Angaben des Arbeitgebers, die für die Sozialleistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch erheblich sind, zutreffend bescheinigt wurden:

Arbeitslose können unter Weiterbezug von Arbeitslosengeld eine Beschäftigung von weniger als 15 Stunden pro Woche ausüben. Der Arbeitgeber hat hierfür eine Nebeneinkommensbescheinigung auszustellen. Bei Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses hat der Arbeitgeber eine Arbeitsbescheinigung auszustellen, die alle Tatsachen über das Beschäftigungsverhältnis, die für die Entscheidung über den Anspruch auf Arbeitslosengeld erheblich sind, enthält. Die Behörden der Zollverwaltung prüfen, ob der Arbeitgeber diese Bescheinigung zutreffend ausgestellt hat.

4. Prüfung, ob Ausländer nicht entgegen § 284 Absatz 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch oder § 4 Absatz 3 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes und nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen beschäftigt werden oder wurden oder nicht entgegen § 4 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Aufenthaltsgesetzes mit entgeltlichen Dienst- oder Werkleistungen beauftragt werden oder wurden:

Die Behörden der Zollverwaltung prüfen,

- a) ob ein Ausländer ohne den erforderlichen, zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigenden Aufenthaltstitel oder ohne die erforderliche Arbeitsgenehmigung beschäftigt wird und ob er nicht zu schlechteren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt wird,
 - b) ob ein drittstaatsangehöriger Ausländer ohne den erforderlichen, zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigenden Aufenthaltstitel mit entgeltlichen Dienst- oder Werkleistungen beauftragt wird.
5. Prüfung, ob Arbeitsbedingungen nach Maßgabe des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes eingehalten werden oder wurden:

Die Behörden der Zollverwaltung prüfen unter anderem, ob im Bereich des Baugewerbes die in den Tarifverträgen vorgeschriebenen Mindestlöhne, rechtzeitigen Lohnzahlungen und Urlaubsbedingungen sowie die Abführung von Beiträgen an

ните независими от конкретни съмнения проверки:

1. Проверка за изпълнение на произтичащите за работодателя задължения за регистрация, свързани с извършване на услуги или работа – параграф 28 а от Четвърти раздел на Социалния кодекс:

Службите на управление „Митници“ проверяват спазването на задълженията от страна на работодателя за обявяване в съответните служби на вноските за социална сигурност на заетите, подлежащи на задължително осигуряване. Проверката цели гарантиране на регистрацията на работника в службите за социална сигурност.

2. Проверка за неправомерно ползване на социални обезщетения съгласно Втори и Трети раздел на Социалния Кодекс:

Доколкото това е съществено за получаването на социални обезщетения, службите на управление „Митници“ проверяват правилното, пълно и навременно информироване на носителите на социални обезщетения за извършени услуги или работа. Социални обезщетения съгласно Трети раздел на Социалния Кодекс, които подлежат на проверка за неправомерното изплащане, са в частност обезщетения за безработица. Социалните обезщетения съгласно Втори раздел на Социалния Кодекс обхващат най-вече така наречените обезщетения за безработни II, които са предназначени за гарантиране на минимален жизнен стандарт на трудоспособни социално слаби лица.

3. Проверка за удостоверяване на данните, подадени от работодателя, които имат значение за социалните обезщетения съгласно Трети раздел на Социалния кодекс:

Безработните продължават да получават обезщетения за безработица и в случаите, когато лицето работи под 15 часа седмично. В този случай работодателят е длъжен да издаде удостоверение за допълнителен доход. При приключване на трудовите правоотношения работодателят е длъжен да издаде работно удостоверение, в което да бъдат вписани всички факти, свързани с трудовите правоотношения, и които са съществени във връзка с вземане на решения за изплащане на социални обезщетения. Службите на управление „Митници“ проверяват именно изпълнението на това задължение от страна на работодателя.

4. Проверка за спазване на параграф 284, алинея 1 на Трети раздел от Социалния кодекс или параграф 4, алинея 3, изречение 1 от Закона за пребиваване и дали не са или са били заети при по-неизгодни условия, сравнени с условията за наемане на германски работници в сходни професии или в противоречие с параграф 4, алинея 3, изречения 1 и 2 от Закона за пребиваване са или са били натоварени срещу заплащане с услуги или работа:

Службите на управление „Митници“ проверяват:

- a) за наличието на необходимите за извършването на занаят от страна на чужденци разрешения за престой или разрешение за работа, както и на същите условия на труда, при които чужденците се наемат за работа, в сравнение с германски работници и
 - b) дали чужденец от трета страна се наема за работа или услуга срещу заплащане, без необходимото за извършването на занаят от страна на чужденца разрешение за престой.
5. Проверка за спазване на трудовите условия съгласно Закона за изпращане на чужденци за работа във Федерална република Германия:

В сферата на строителството службите на управление „Митници“ проверяват включително и спазването на минималното заплащане съгласно съществуващата тарифа, навременното изплащане на възнагражденията, усло-

Urlaubskassen und die Pflicht ausländischer Arbeitgeber, in Deutschland beschäftigte Arbeitnehmer anzumelden, eingehalten werden.

Weiterhin prüfen nach § 2 Absatz 1 SchwarzArbG die Behörden der Zollverwaltung zur Erfüllung ihrer Mitteilungspflicht gegenüber den Finanzbehörden der Bundesländer, ob Anhaltspunkte dafür bestehen, dass Steuerpflichtige ihren sich aus den Dienst- oder Werkleistungen ergebenden steuerlichen Pflichten nicht nachgekommen sind.

Schließlich prüfen die Behörden der Zollverwaltung nach § 18h Absatz 7 Viertes Buch Sozialgesetzbuch, ob ein Beschäftigter seinen Sozialversicherungsausweis bei Beginn der Beschäftigung dem Arbeitgeber vorlegt und ob Beschäftigte in bestimmten Wirtschaftszweigen der Verpflichtung, den Sozialversicherungsausweis mitzuführen, nachkommen. Der Sozialversicherungsausweis ist ein Dokument, in dem die Meldung zur Sozialversicherung bescheinigt wird.

Die Behörden der Zollverwaltung werden bei den Prüfungen nach § 2 Absatz 1 SchwarzArbG von folgenden Stellen unterstützt:

1. den Finanzbehörden der Bundesländer,
2. der Bundesagentur für Arbeit,
3. den Einzugsstellen für die Sozialversicherungsbeiträge,
4. den Trägern der Rentenversicherung,
5. den Trägern der Unfallversicherung,
6. den Trägern der Sozialhilfe,
7. den nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zuständigen Behörden,
8. den in § 71 Absatz 1 bis 3 des Aufenthaltsgesetzes genannten Behörden (Ausländerbehörden, Auslandsvertretungen, Bundespolizei),
9. den für den Arbeitsschutz zuständigen Landesbehörden,
10. den Polizeivollzugsbehörden der Länder auf Ersuchen im Einzelfall,
11. den nach Landesrecht für die Verfolgung und Ahndung von handwerks- und gewerberechtlichen Ordnungswidrigkeiten nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz zuständigen Behörden und
12. dem Bundesamt für Güterverkehr.

Die Behörden der Zollverwaltung und die sie unterstützenden Stellen sind verpflichtet, einander die für deren Prüfungen erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten und die Ergebnisse der Prüfungen zu übermitteln, soweit deren Kenntnis für die Erfüllung der Aufgaben der Behörden oder Stellen erforderlich ist.

II. Zentrale Stelle nach Artikel 3 Absatz 2 des Vertrags

Folgende zentrale Stelle im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland ist für die Zusammenarbeit im Rahmen des Vertrags hauptverantwortlich zuständig:

Bundesfinanzdirektion West
Abteilung Zentrale Facheinheit
Wörthstraße 1-3
50668 Köln
Tel.: 0221 37993-100
Fax: 0221 37993-701

вията за отпуск, както и вноските в Касата за отпуски. Също така на проверка подлежи и задължението на работодателите-чужденци за регистрацията на наетите от тях във Федерална република Германия работници.

По-нататък, съгласно параграф 2, алинея 1 от Закона за борба с работа на черно и нелегалната заетост, службите на управление „Митници“; в изпълнение на задължението си за съобщаване на финансовите служби на федералните провинции, проверяват, дали съществуват основания за това, че лица, които са длъжни да плащат данъци, не за изпълнили произтичащите за тях данъчни задължения от извършването на услуги и занаятчийски дейности.

В заключение, службите на управление „Митници“ проверяват спазването на параграф 18h, алинея 7 на Четвърти раздел на Социалния Кодекс, дали работещият при постъпване на работа представя на работодателя социално-осигурителната си книжка и дали заетите в определени отрасли на икономиката работещи се подчиняват на задължението да носят социално-осигурителната си книжка. Социално-осигурителната книжка е документ, удостоверяващ регистрацията към социалното осигуряване.

За проверките съгласно параграф 2, алинея 1 от Закона за работа на черно, на Службите от управление „Митници“ се оказва помощ от:

1. Финансовите служби на отделните федерални провинции,
2. Федералната агенция за заетост,
3. Служби за събиране на социално-осигурителни вноски,
4. Носители на пенсионни застраховки,
5. Носители на застраховки „Злополука“;
6. Носители на социални помощи,
7. Съответните емигрантски служби,
8. Службите, упоменати в параграф 71, алинеи 1 до 3 на Закона за пребиваване (Служби за чужденци, чужди представителства, Федералната полиция),
9. Съответните служби за Защита на труда на отделните провинции,
10. По молба в отделни случаи Полицейските служби на отделните провинции
11. Компетентните според правната уредба на отделните провинции институции, свързани със преследване и наказване на административни нарушения в сферата на промишлеността и занаятите съгласно Закона за борба с работата на черно и
12. Федералната служба за превозване на стоки.

Службите на управление „Митници“ и подпомагащите ги институции са длъжни да обменят информация помежду си, свързана с извършените проверки, вкл. и резултати от проверка, свързани с данни за конкретни лица, доколкото тази информация е необходима на службите и институциите за изпълнение на техните задачи.

II. Централни институции съгласно член 3, алинея 2 от Договора

Следната централна служба в сферата на Федералното Министерство на финансите на Федерална република Германия носи главната отговорност за сътрудничеството в рамките на Договора:

Bundesfinanzdirektion West
Abteilung Zentrale Facheinheit
Wörthstraße 1-3
50668 Köln
Tel.: 0221 37993-100
Fax: 0221 37993-701

B) Republik Bulgarien

- I. Darstellung des Zuständigkeitsbereichs der Nationalen Einkommensagentur beim Ministerium der Finanzen der Republik Bulgarien im Sinne des Artikel 3 Absatz 1 des Vertrags.

In Artikel 3 Absatz 1 des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bulgarien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Missbrauchs bei Leistungen und Beiträgen zur sozialen Sicherheit durch Erwerbstätigkeit und von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit sowie bei illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit wird darauf hingewiesen, dass dieser Vertrag auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland durch diejenigen Stellen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen und auf Seiten der Republik Bulgarien durch diejenigen Stellen in den Geschäftsbereichen des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik und des Ministeriums der Finanzen durchgeführt wird, in deren Zuständigkeit die in Artikel 1 Absatz 1 beschriebenen Aufgaben fallen.

Die in Artikel 1 Absatz 1 beschriebenen Aufgaben sind mit der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Missbrauchs bei Sozialversicherungsleistungen und -beiträgen und von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit sowie bei illegaler grenzüberschreitender Leiharbeit verbunden. Der letzte Absatz des Einleitungsteils weist darauf hin, dass national unterschiedliche Herangehensweisen und Definitionen im Zusammenhang mit diesen Aufgaben bestehen.

Durch das Gesetz über die Nationale Einkommensagentur ist eine Nationale Einkommensagentur mit der Funktion einer staatlichen, dem Finanzminister untergeordneten Fachstelle für Festsetzung, Absicherung und Erhebung öffentlicher Abgaben errichtet worden.

Im Zusammenhang mit dem Gegenstand dieses Vertrags hat die Agentur folgende Aufgaben und Kompetenzen (Artikel 3 des Gesetzes über die Nationale Einkommensagentur):

1. die Grundlage und die Höhe der öffentlichen Abgaben wie Steuern und Pflichtversicherungsbeiträge festzusetzen;
2. die öffentlichen Abgaben der Ziffer 1 sicherzustellen und im Zwangswege zu erheben;
3. die freiwilligen Leistungen der öffentlichen Abgaben der Ziffer 1 einzuziehen;
4. Verwaltungsverstöße festzustellen und Verwaltungsstrafen entsprechend den Steuergesetzen sowie den Gesetzen zur Regelung der Pflichtversicherungsbeiträge aufzuerlegen;
5. ein Register der Personen, die einer Anmeldung gemäß den Regelungen der Steuer- und Versicherungsprozessordnung unterliegen, sowie der Personen, die aufgrund eines arbeitsrechtlichen Verhältnisses beschäftigt sind, zu führen; Datenbanken über diese Personen, die notwendig für die Durchführung ihrer Tätigkeit sowie für die Bedürfnisse der sozialen Pflichtversicherung, des Ministeriums der Finanzen und der Gemeindeverwaltungen sind, zu erzeugen und zu unterhalten.

Die Verfahren zur Feststellung der Verpflichtungen hinsichtlich der Steuern und Pflichtversicherungsbeiträge sowie zur Absicherung und Erhebung der öffentlichen Abgaben sind durch die Steuer- und Versicherungsprozessordnung geregelt.

Die für die Einkommen zuständigen Stellen der Agentur führen die Steuer- und Versicherungsaufsicht mittels Revisionen und Prüfungen. Die Revision stellt eine Gesamtheit von Handlungen der Einkommensstellen dar, die auf die Feststellung der Verpflichtungen aus Steuern und Pflichtversicherungsbeiträgen abzielen. Die Prüfung stellt eine Gesamtheit von Handlungen der Einkommensstellen dar, die auf die Beachtung des Steuer- und Versicherungsrechts und auf die Feststellung bestimmter, für die Verpflichtungen hinsichtlich der Steuern und Pflichtversicherungsbeiträge wichtige Rolle spielender Tatsachen und

Б) Република България

- I. Представяне на областта от компетенции на Националната агенция за приходите към Министерството на финансите на Република България по смисъла на член 3, алинея 1 от Договора.

В член 3, алинея 1 на Договора между Федерална република Германия и Република България относно сътрудничество в борбата с трансграничната злоупотреба при обезщетения и вноски за социална сигурност от заетост и с нерегистрираната заетост, както и при нелегална трансгранична заетост е указано, че от страна на Федерална република Германия и от страна на Република България Договорът засяга тези органи в сферата от компетенции на Федералното министерство на финансите както и съответните органи в сферата от компетенции на българските Министерствa на труда и социалната политика и Министерството на финансите, които отговарят за описаните в член 1, алинея 1 задачи.

Описаните в член 1, алинея 1 задачи са свързани с борбата с трансграничната злоупотреба при обезщетения и вноски за социална сигурност и с нерегистрираната заетост, както и при нелегална трансгранична заетост. Последният абзац на уводната част обръща внимание на това, че за тези задачи съществуват различни национални подходи и дефиниции.

Със Закона за Националната агенция за приходите е създадена Национална агенция за приходите, като подчинен на министъра на финансите специализиран държавен орган, за установяване, обезпечаване и събиране на публични вземания.

Функциите и правомощията на агенцията във връзка с предмета на настоящия договор са (член 3 от Закона за НАП):

1. да установява по основание и по размер публичните вземания за данъци и задължителни осигурителни вноски;
2. да обезпечават и събират принудително публичните вземания по т. 1;
3. да събират доброволните плащания на публичните вземания по т. 1;
4. да установява административни нарушения и да налага административни наказания по данъчните закони, както и по законите, регламентиращи задължителните осигурителни вноски;
5. да води регистър на лицата, подлежащи на регистрация по реда на Данъчно-осигурителния процесуален кодекс, както и за лицата, които работят по трудово правоотношение, да създава и да поддържа бази данни за тях, необходими за осъществяване на дейността ѝ и за нуждите на задължителното социално осигуряване, на Министерството на финансите и на общините.

Производствата по установяване на задълженията за данъци и задължителни осигурителни вноски, както и по обезпечаване и събиране на публичните вземания се уреждат с Данъчно-осигурителния процесуален кодекс.

Органите по приходите на агенцията осъществяват данъчно-осигурителен контрол чрез извършване на ревизии и проверки. Ревизията е съвкупност от действия на органите по приходите, насочени към установяване на задължения за данъци и задължителни осигурителни вноски. Проверката е съвкупност от действия на органите по приходите относно спазването на данъчното и осигурителното законодателство и за установяване на определени факти и обстоятелства от значение за задълженията за данъци и задължителни осигурителни вноски.

Umstände gerichtet ist.

Die Agentur stellt die Verpflichtungen hinsichtlich der Beiträge für den Fonds „Garantierte Forderungen der Arbeitnehmer und Angestellten“ gemäß dem Gesetz über die garantierten Forderungen der Arbeitnehmer und Angestellten bei Insolvenz des Arbeitgebers.

Bei der Durchführung von Prüfungen und Revisionen überprüfen die Einkommensstellen die Beachtung der sich aufgrund Artikel 5 Absatz 4 des Sozialversicherungsgesetzbuchs ergebenden Pflicht der Versicherer, Selbstversicherer und Arbeitgeber, Angaben über das Versicherungseinkommen, die Pflichtbeiträge und das steuerpflichtige Einkommen nach Maßgabe des Gesetzes über die Einkommensbesteuerung der natürlichen Personen – über jede einzelne zu versichernde Person und über den Gesamtbeitrag der Pflichtbeiträge und der Steuern gemäß dem Gesetz über Einkommensbesteuerung der natürlichen Personen – der nationalen Einkommensagentur bereitzustellen. Eventuelle Nichtübereinstimmungen der erklärten mit den tatsächlichen Angaben sind durch Kontrolltätigkeiten – Revisionen und Prüfungen – festzustellen.

Die Nationale Einkommensagentur führt ein Register der verpflichteten Personen und der Personen, die aufgrund eines arbeitsrechtlichen Verhältnisses beschäftigt sind. Die Anmeldung der Arbeitsverträge bei der Einkommensagentur erfolgt aufgrund der Bestimmungen der Verordnung Nummer 5 vom 29. Dezember 2002. Gemäß Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung sind die Arbeitgeber verpflichtet, die zuständige regionale Direktion der nationalen Einkommensagentur über den Abschluss, die Änderung oder Kündigung der Arbeitsverträge zu unterrichten.

Die Nationale Einkommensagentur stellt diejenigen Steuer- und Versicherungsinformationen den Kontrollstellen gemäß Artikel 399 des Arbeitsgesetzbuchs bereit, die zum Zweck der Kontrolle über die Beachtung des Arbeitsrechts erforderlich sind.

In Bulgarien wird die gesamte Aufsicht über die Beachtung des Arbeitsrechts in allen Branchen und Tätigkeitsbereichen durch die Exekutivagentur Zentrale Arbeitsaufsichtsstelle, die dem Minister für Arbeit und Sozialpolitik (Artikel 399 des Arbeitsgesetzbuchs) untergeordnet ist, geführt.

II. Darstellung des Zuständigkeitsbereichs der Exekutivagentur Zentrale Arbeitsaufsichtsstelle, die dem Minister für Arbeit und Sozialpolitik der Republik Bulgarien untergeordnet ist, im Sinne des Artikel 3 Absatz 1 des Vertrags:

Die dem Minister für Arbeit und Sozialpolitik untergeordnete Exekutivagentur Zentrale Arbeitsaufsichtsstelle ist eine staatliche Behörde, die die Arbeitsaufsicht durch folgende Tätigkeiten führt:

1. Führung einer komplexen Aufsicht über die Beachtung des Arbeitsrechts zwecks Sicherstellung eines gesunden und sicheren Arbeitsumfelds und über den Ablauf der arbeitsrechtlichen Verhältnisse;
2. Führung einer Fachaufsicht über die Beachtung des Gesetzes über die Beschäftigungsförderung und der weiteren Rechtsvorschriften im Bereich der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, wo dies ausdrücklich vorgeschrieben wird;
3. Erteilung von Auskünften und technischen Ratschlägen an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die effizientesten Methoden zur Beachtung des Arbeitsrechts und über die Anwendung des Gesetzes über die Beschäftigungsförderung;
4. Unterrichtung der zuständigen Stellen über festgestellte Lücken und Mängel des geltenden Arbeitsrechts und der Regelungen über die Beschäftigungsaufsicht.

Die Zentrale Arbeitsaufsichtsstelle erfüllt ihre Aufgaben durch die Befugnisse, die ihr aufgrund des Arbeitsgesetzbuchs, des Gesetzes über das gesunde und sichere Arbeitsumfeld, des Sozialversicherungsgesetzbuchs, des Gesetzes über die Beschäftigungsförderung und der Organisationsordnung der

Агенцията установява задълженията за вноски за фонд „Гарантирани вземания на работниците и служителите“ по Закона за гарантираните вземания на работниците и служителите при несъстоятелност на работодателя.

При извършване на проверки и ревизии, органите по приходите следят за спазване на произтичащото от член 5, алинея 4 от Кодекса за социално осигуряване задължение на осигурителите, самоосигуряващите се лица и работодателите да представят в Националната агенция за приходите данни за осигурителния доход, задължителните вноски и облагаемия доход по Закона за данъците върху доходите на физическите лица - поотделно за всяко лице, подлежащо на осигуряване, както и общо за сумите за задължителните вноски и данъци по Закона за данъците върху доходите на физическите лица. Несъответствията между декларираните и действителните данни се установяват чрез осъществяването на контролна дейност – ревизии и проверки.

Националната агенция за приходите поддържа регистър на задължените лица и лицата, които работят по трудово правоотношение. Регистрацията на трудовите договори в Националната агенция за приходите се осъществява на основно разпоредбите на Наредба № 5 от 29 декември 2002 г. Съгласно член 1, алинея 1 от наредбата работодателите са длъжни да уведомяват компетентната териториална дирекция на Националната агенция за приходите за сключване, изменение или прекратяване на трудовите договори.

Националната агенция за приходите предоставя на контролните органи по член 399 от Кодекса на труда необходимата данъчна и осигурителна информация за целите на контрола по спазване на трудовото законодателство.

В България цялостният контрол за спазване на трудовото законодателство във всички отрасли и дейности се осъществява от Изпълнителната агенция „Главна инспекция по труда“ към министъра на труда и социалната политика (член 399 от Кодекса на труда).

II. Представяне на областта от компетенции на Изпълнителна агенция „Главна инспекция по труда“ към министъра на труда и социалната политика на Република България по смисъла на член 3, алинея 1 от Договора.

Изпълнителната агенция „Главна инспекция по труда“ към министъра на труда и социалната политика е държавен орган, който извършва инспектиране по труда, като:

1. осъществява цялостен контрол по спазването на трудовото законодателство за осигуряване на здравословни и безопасни условия на труд и по осъществяване на трудовите правоотношения;
2. осъществява специализиран контрол по спазването на Закона за насърчаване на заетостта и другите нормативни актове в областта на заетостта и безработицата, в които това изрично е предвидено;
3. дава сведения и технически съвети на работодателите и работещите по най-ефективните методи за спазване на трудовото законодателство и по прилагането на Закона за насърчаване на заетостта;
4. уведомява компетентните органи за установени празноти и недостатъци в действащото трудово законодателство и в нормативната уредба на контрола по трудовата заетост.

Главната инспекция по труда реализира своите функции въз основа на дадените й правомощия в Кодекса на труда, Закона за здравословни и безопасни условия на труд, Закона за насърчаване на заетостта и Устройствения правилник на Агенцията.

Agentur erteilt werden.

In ihrem Zuständigkeitsbereich ist die Exekutivagentur Zentrale Arbeitsaufsichtsstelle diejenige Stelle, die den Minister für Arbeit und Sozialpolitik bei der Entwicklung, Koordination und Durchführung der innerstaatlichen Politik im Bereich der Sicherstellung eines gesunden und sicheren Arbeitsumfelds und der Beschäftigungsförderung unmittelbar unterstützt.

Der Hauptteil der Tätigkeit der Agentur wird planmäßig durchgeführt.

Unplanmäßige Tätigkeiten werden in denjenigen Fällen durchgeführt, die unvorhersehbar sind und den Einsatz von Arbeitsaufsichtsbeamten erfordern, wie die Überprüfung von Klagen, die Teilnahme an der Ermittlung von Arbeitsunfällen und anderes. Das Ziel ist, eine solche Effizienz der Aufsichtstätigkeit bei den verfügbaren Ressourcen der Agentur zu sichern, die den Erwartungen der Gesellschaft bezüglich ihres Interessenschutzes am besten entspricht.

Die Agentur bringt zwölf Genehmigungs-, Anmelde- und Koordinationsarbeitsverfahren zum Einsatz, wovon ein Teil Sozialschutzaufgaben erfüllt.

Die Agentur unterstützt die Tätigkeit der dreiseitigen, für die Arbeitsbedingungen auf nationaler, Branchen- und regionaler Ebene zuständigen Räte, sowie die Tätigkeit der für die Arbeitsbedingungen in den Unternehmen zuständigen Komitees und Gruppen.

Vertreter der Agentur nehmen an der Arbeit des nationalen Rates für Beschäftigungsförderung sowie an den regionalen Kommissionen für Beschäftigung und an dem nationalen Rat für die Koordination der Politiken und Programme zur Reduzierung der Armut und der sozialen Isolation teil.

Die Politik der Agentur ist auf Prävention, Publizität der Tätigkeit, Entwicklung der integrierten Arbeitsaufsicht, darunter auch Beachtung des Gesetzes über die Beschäftigungsförderung, Zusammenarbeit mit weiteren staatlichen Verwaltungen, Nichtregierungsorganisationen, national repräsentativen gewerkschaftlichen und weiteren Organisationen gerichtet.

III. Darstellung des Zuständigkeitsbereichs des Nationalen Versicherungsinstituts der Republik Bulgarien im Sinne des Artikel 4 Absatz 2 und Artikel 1 des Vertrags:

Aufgrund Artikel 33 Absatz 2 des Sozialversicherungsgesetzbuchs verwaltet das Nationale Versicherungsinstitut die staatliche öffentliche Fürsorge in der Republik Bulgarien.

Die staatliche öffentliche Fürsorge stellt Abfindungsbeträge, Beihilfen und Renten bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit, Invalidität, Mutterschaft, Arbeitslosigkeit, Alter und Tod bereit.

Innerhalb ihrer Zuständigkeiten sowie aufgrund Artikel 33 Absatz 3 des Sozialversicherungsgesetzbuchs führt das Nationale Versicherungsinstitut folgende Tätigkeit durch:

1. es führt den Etat der staatlichen öffentlichen Fürsorge aus;
2. es stellt die Forderungen der staatlichen öffentlichen Fürsorge wegen inkorrekt abgabter Versicherungsbeiträge fest und zieht diese ein;
3. es führt die Aufsicht über die Beachtung des Versicherungsrechts in Verbindung mit den ihm erteilten Aufgaben;
4. es veranstaltet die Tätigkeit zur Feststellung von Verwaltungsverstößen und Festlegung der Verwaltungsstrafen;
5. es leistet die Zahlung von Renten und Abfindungsbeträgen bei Arbeitslosigkeit und veranstaltet die Tätigkeit in Verbindung mit den weiteren Versicherungsleistungen;
6. es sammelt Informationen und unterhält ein Informationssystem über die versicherten Personen, die Versicherer und die Selbstversicherer;

V. In dem Kontext seiner Befugnisse ist die Exekutivagentur Zentrale Arbeitsaufsichtsstelle diejenige Stelle, die den Minister für Arbeit und Sozialpolitik bei der Entwicklung, Koordination und Durchführung der innerstaatlichen Politik im Bereich der Sicherstellung eines gesunden und sicheren Arbeitsumfelds und der Beschäftigungsförderung unmittelbar unterstützt.

Der Hauptteil der Tätigkeit der Agentur wird planmäßig durchgeführt.

Unplanmäßige Tätigkeiten werden in denjenigen Fällen durchgeführt, die unvorhersehbar sind und den Einsatz von Arbeitsaufsichtsbeamten erfordern, wie die Überprüfung von Klagen, die Teilnahme an der Ermittlung von Arbeitsunfällen und anderes. Das Ziel ist, eine solche Effizienz der Aufsichtstätigkeit bei den verfügbaren Ressourcen der Agentur zu sichern, die den Erwartungen der Gesellschaft bezüglich ihres Interessenschutzes am besten entspricht.

Die Agentur bringt zwölf Genehmigungs-, Anmelde- und Koordinationsarbeitsverfahren zum Einsatz, wovon ein Teil Sozialschutzaufgaben erfüllt.

Die Agentur unterstützt die Tätigkeit der dreiseitigen, für die Arbeitsbedingungen auf nationaler, Branchen- und regionaler Ebene zuständigen Räte, sowie die Tätigkeit der für die Arbeitsbedingungen in den Unternehmen zuständigen Komitees und Gruppen.

Vertreter der Agentur nehmen an der Arbeit des nationalen Rates für Beschäftigungsförderung sowie an den regionalen Kommissionen für Beschäftigung und an dem nationalen Rat für die Koordination der Politiken und Programme zur Reduzierung der Armut und der sozialen Isolation teil.

Die Politik der Agentur ist auf Prävention, Publizität der Tätigkeit, Entwicklung der integrierten Arbeitsaufsicht, darunter auch Beachtung des Gesetzes über die Beschäftigungsförderung, Zusammenarbeit mit weiteren staatlichen Verwaltungen, Nichtregierungsorganisationen, national repräsentativen gewerkschaftlichen und weiteren Organisationen gerichtet.

III. Darstellung des Zuständigkeitsbereichs des Nationalen Versicherungsinstituts der Republik Bulgarien im Sinne des Artikel 4 Absatz 2 und Artikel 1 des Vertrags:

Aufgrund Artikel 33 Absatz 2 des Sozialversicherungsgesetzbuchs verwaltet das Nationale Versicherungsinstitut die staatliche öffentliche Fürsorge in der Republik Bulgarien.

Die staatliche öffentliche Fürsorge stellt Abfindungsbeträge, Beihilfen und Renten bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit, Invalidität, Mutterschaft, Arbeitslosigkeit, Alter und Tod bereit.

Innerhalb ihrer Zuständigkeiten sowie aufgrund Artikel 33 Absatz 3 des Sozialversicherungsgesetzbuchs führt das Nationale Versicherungsinstitut folgende Tätigkeit durch:

1. es führt den Etat der staatlichen öffentlichen Fürsorge aus;
2. es stellt die Forderungen der staatlichen öffentlichen Fürsorge wegen inkorrekt abgabter Versicherungsbeiträge fest und zieht diese ein;
3. es führt die Aufsicht über die Beachtung des Versicherungsrechts in Verbindung mit den ihm erteilten Aufgaben;
4. es veranstaltet die Tätigkeit zur Feststellung von Verwaltungsverstößen und Festlegung der Verwaltungsstrafen;
5. es leistet die Zahlung von Renten und Abfindungsbeträgen bei Arbeitslosigkeit und veranstaltet die Tätigkeit in Verbindung mit den weiteren Versicherungsleistungen;
6. es sammelt Informationen und unterhält ein Informationssystem über die versicherten Personen, die Versicherer und die Selbstversicherer;

7. es führt Tätigkeiten zur Vorbereitung und Anwendung von internationalen Verträgen im Bereich der staatlichen öffentlichen Fürsorge durch;
 8. es gibt ein Informationsblatt heraus;
 9. es unterhält ein Informationssystem über die Personen, die aufgrund eines arbeitsrechtlichen Verhältnisses beschäftigt sind;
 10. es schließt Verträge über die Bereitstellung von Informationen, Informationsprodukte zur Datenverarbeitung und für Sozialversicherungstätigkeiten ab;
 11. Informationen, die für die Erfüllung der Aufgaben und Befugnisse des Nationalen Versicherungsinstituts notwendig sind, werden auch von den jeweiligen staatlichen und den Gemeindebehörden, inklusive aller Daten des Nationalen automatisierten Informationssystems für die Anmeldung und Identifikation der natürlichen Personen („ESGRAON“), und vom Nationalen Institut für Statistik bereitgestellt.
- IV. Darstellung des Zuständigkeitsbereichs der Nationalen Krankenkasse der Republik Bulgarien im Sinne des Artikel 4 Absatz 2 und Artikel 1 des Vertrags:

Aufgrund Artikel 3 Absatz 1 des Krankenversicherungsgesetzes erfüllt die Nationale Krankenkasse die Aufgaben in Bezug auf die Verwaltung und Verbrauch der Mittel aus der Pflichtkrankenversicherung für medizinische Tätigkeiten.

Die Pflichtkrankenversicherung stellt ein Grundpaket von medizinischen Tätigkeiten zur Verfügung, das durch den Etat der Nationalen Krankenkasse abgesichert wird.

Innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs führt die Nationale Krankenkasse folgende Haupttätigkeiten entsprechend ihrer Organisations- und Tätigkeitsordnung durch:

1. sie führt die Pflichtkrankenversicherung aus;
 2. sie baut auf und entwickelt eine Verwaltungsstruktur zur Durchführung der Tätigkeiten der Pflichtkrankenversicherung;
 3. sie nimmt zusammen mit den Vertretern der Organisationen der Stände der Ärzte und der Zahnärzte an den Verhandlungen und der Unterzeichnung des Nationalen Rahmenvertrags teil;
 4. aufgrund des nationalen Rahmenvertrags sichert sie für die versicherten Personen:
 - a) das Grundpaket von medizinischen Tätigkeiten;
 - b) Zugänglichkeit und Gleichgestellttheit beim Erhalt von ärztlicher Hilfe;
 - c) vollständige oder teilweise Bezahlung der im Nationalen Rahmenvertrag aufgelisteten Arzneimittel;
 5. sie macht Analysen und Vorschläge über den Typ und den Umfang der ärztlichen Hilfe aufgeteilt nach Arten der medizinischen Tätigkeiten und ihrem Wert;
 6. sie stellt die Gewinn- und Verlustrechnung der Nationalen Krankenkasse aus der Pflichtkrankenversicherung auf;
 7. sie stellt das Jahresbudget der Nationalen Krankenkasse und den Bericht über seine Ausführung auf;
 8. sie entwickelt Modelle für die Vergütung der Personen, die ärztliche Hilfe leisten;
 9. sie schließt Verträge über die Bezahlung der Arzneimittel und Verbrauchsmaterialien mit Herstellern, Lieferanten und Apotheken nach den im Nationalen Rahmenvertrag bestätigten Arzneimittellisten ab;
 10. sie errichtet, entwickelt und verwaltet ein Nationales Informationssystem für die Zwecke der Pflichtkrankenversicherung;
 11. sie führt internationale Tätigkeiten auf der Basis von zweiseitiger und mehrseitiger Zusammenarbeit durch und ver-
7. осъществява дейност по подготовка и прилагане на международни договори в областта на държавното обществено осигуряване;
 8. издава информационен бюлетин;
 9. поддържа информационна система за лицата, които работят по трудово правоотношение;
 10. сключва договори за предоставяне на информация, информационни продукти за обработване на информация и за дейности по социалното осигуряване;
 11. Информацията, необходима за осъществяване на функциите и правомощията на Националния осигурителен институт, се предоставя безплатно от съответните държавни и общински органи, включително всички данни от ЕСГРАОН и от Националния статистически институт.
- IV. Представяне на областта от компетенции на Националната здравноосигурителна каса на Република България по смисъла на член 4 , алинея 2 и член 1 от Договора:
- На основание член 3, алинея 1 от Закона за здравното осигуряване Националната здравноосигурителна каса осъществява функциите по управление и разходване на средствата за задължително здравно осигуряване за здравни дейности.
- Задължителното здравно осигуряване предоставя основен пакет от здравни дейности, гарантиран от бюджета на Националната здравноосигурителна каса.
- В рамките на компетентността си и съгласно Правилника за устройството и дейността на Националната здравноосигурителна каса, тя осъществява следните основни дейности:
1. Осъществяване на задължителното здравно осигуряване;
 2. Изграждане и развитие на административна структура за осъществяване на дейностите по задължителното здравно осигуряване;
 3. Участие в преговорите и подписването на Националния рамков договор (НРД) заедно с представителите на съсловните организации на лекарите и стоматолозите;
 4. Гарантиране за осигурените чрез НРД лица на:
 - a) основния пакет здравни дейности;
 - b) достъпност и равнопоставеност при получаването на медицинска помощ;
 - v) пълно или частично заплащане на лекарствените средства по списъците в НРД;
 5. Анализи и предложения за вида и обема медицинска помощ по видове медицински дейности и стойността им;
 6. Изготвяне на оценка на приходите и разходите на НЗОК по задължителното здравно осигуряване;
 7. Разработване на проект на годишен бюджет на НЗОК и отчет за изпълнението му;
 8. Разработване на модели за заплащане на изпълнителите на медицинска помощ;
 9. Сключване на договори за заплащане на лекарствени средства и консумативи с производители, доставчици и аптеки по списъци на лекарствени средства, утвърдени в НРД;
 10. Изграждане, развитие и управляване на национална информационна система за нуждите на задължителното здравно осигуряване;
 11. Осъществяване на международна дейност на основата на двустранно и многостранно сътрудничество и админи-

waltet Projekte, an denen die Nationale Krankenkasse beteiligt ist;

12. sie informiert regelmäßig die versicherten Personen über die Maßnahmen zum Schutz und Kräftigung ihrer Gesundheit;
13. sie führt die medizinische und die Finanzaufsicht über die Pflichtkrankenversicherung;
14. sie ist die zuständige Behörde und Verbindungsstelle nach Maßgabe der Verordnung (EWG) Nummer 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern und Verordnung (EWG) Nummer 574/72 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern.

V. Zentrale Stellen gemäß Artikel 3 Absatz 2 des Vertrags

Folgende zentrale Stellen in den Geschäftsbereichen des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik und des Ministeriums der Finanzen sind für die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Vertrags hauptverantwortlich zuständig:

1. Exekutivagentur „Zentrale Arbeitsaufsichtsstelle“ beim Minister für Arbeit und Sozialpolitik der Republik Bulgarien

Zentralverwaltung
Blvd. „Knjaz Al. Dondukov“ 3,
1000 Sofia

Tel. +359 2 8101 766 Veselin Veselinov
+359 2 980 27 49 Irena Dimitrova
Fax +359 2 9870827

2. Nationale Einkommensagentur beim Ministerium der Finanzen der Republik Bulgarien

Zentralverwaltung
Blvd. „Knjaz Al. Dondukov“ 52
1000 Sofia

Fax +359 2 9859 3290
Tel. +359 2 9859 3561 Bojana Milanova, Dimităr Bojčev

стрира проекти, по които НЗОК е страна;

12. Системно информиране на осигурените лица за мерките по опазване и укрепване на здравето им;
13. Осъществяване на медицински и финансов контрол по задължителното здравно осигуряване;
14. Компетентна институция и орган за връзка, съгласно Регламент (ЕИО) № 1408/71 на Съвета от 14 юни 1971 г. за прилагането на схеми за социална сигурност на заети лица, самостоятелно заети лица и членове на техните семейства, които се движат в рамките на Общността и Регламент (ЕИО) № 574/72 за определяне на реда за прилагане на Регламент (ЕИО) № 1408/71 на Съвета от 14 юни 1971 г. за прилагането на схеми за социална сигурност на заети лица, самостоятелно заети лица и членове на техните семейства, които се движат в рамките на Общността.

V. Централни служби съгласно член 3, алинея 2 на Договора

Следните централни служби от компетенциите на Министерството на труда и социалната политика и на Министерството на финансите са основно компетентни за сътрудничеството в рамките на Договора:

1. Изпълнителна агенция „Главна инспекция по труда“ към министъра на труда и социалната политика на Република България

Централно управление
бул. „Княз Ал. Дондуков“ 3,
София 1000

Тел. +359 2 8101 766 Веселин Веселинов
+359 2 980 27 49 Ирена Димитрова
Факс +359 2 9870827

2. Националната агенция за приходите към Министерството на финансите на Република България

Централно управление
бул. „Княз Ал. Дондуков“ 52
София 1000

Факс +359 2 9859 3290
Тел. +359 2 9859 3561 Бояна Миланова
Димитър Бойчев

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Änderung von Artikel 1 des VN-Waffenübereinkommens
und des Protokolls V zum VN-Waffenübereinkommen**

Vom 6. Juni 2009

I.

Die am 21. Dezember 2001 angenommene Änderung (BGBl. 2004 II S. 1507, 1508) von Artikel 1 des Übereinkommens vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (VN-Waffenübereinkommen – BGBl. 1992 II S. 958, 959; 1993 II S. 935), wird nach Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b in Verbindung mit Artikel 5 des Übereinkommens für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Ecuador	am	10. September 2009
Guatemala	am	13. August 2009
Tunesien	am	11. September 2009.

II.

Das Protokoll vom 28. November 2003 über explosive Kampfmittelrückstände (Protokoll V) – BGBl. 2005 II S. 122, 123 – ist nach Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe b in Verbindung mit Artikel 5 Absatz 3 und 4 des VN-Waffenübereinkommens für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Belarus	am	29. März 2009
Jamaika	am	25. März 2009
Senegal	am	6. Mai 2009.

Das Protokoll V wird für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Costa Rica	am	27. Oktober 2009
Ecuador	am	10. September 2009
Georgien	am	22. Juni 2009
Mali	am	24. Oktober 2009
Pakistan	am	3. August 2009.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. Januar 2009 (BGBl. II S. 137).

Berlin, den 6. Juni 2009

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls zu dem Übereinkommen von 1979
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
betreffend die Verringerung von Versauerung, Eutrophierung
und bodennahem Ozon**

Vom 8. Juni 2009

I.

Das Protokoll vom 30. November 1999 zu dem Übereinkommen von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung betreffend die Verringerung von Versauerung, Eutrophierung und bodennahem Ozon (BGBl. 2004 II S. 884, 885) ist nach seinem Artikel 17 Absatz 2 für

Belgien am 12. Dezember 2007

Kroatien am 5. Januar 2009
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung

in Kraft getreten.

II.

Kroatien hat bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde am 7. Oktober 2008 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

“The Republic of Croatia declares that, for the purposes of paragraphs 1 and 2 of Annex VII and paragraphs 6 and 9 of Annex IX of the Protocol, it wishes to be treated as a country with an economy in transition.”

„Die Republik Kroatien erklärt, dass sie für die Zwecke der Nummern 1 und 2 des Anhangs VII und der Nummern 6 und 9 des Anhangs IX des Protokolls als Land im Übergang zur Marktwirtschaft behandelt werden möchte.“

III.

Die Bekanntmachung vom 8. Januar 2007 (BGBl. II S. 222) ist dergestalt zu berichtigen, als dass das Protokoll für das Vereinigte Königreich am 8. März 2006 in Kraft getreten ist.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. Juni 2007 (BGBl. II S. 855).

Berlin, den 8. Juni 2009

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens zur Gründung einer europäischen Organisation
für die Nutzung von meteorologischen Satelliten („EUMETSAT“)**

Vom 15. Juni 2009

Das Übereinkommen vom 24. Mai 1983 zur Gründung einer europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten („EUMETSAT“) – BGBl. 1987 II S. 256, 257; 1994 II S. 1062, 1063 – ist nach seinem Artikel 17 Absatz 4 für

Ungarn am 9. Oktober 2008
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 29. Januar 2007 (BGBl. II S. 227).

Berlin, den 15. Juni 2009

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation
für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT)**

Vom 15. Juni 2009

Das Protokoll vom 1. Dezember 1986 über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT) – BGBl. 1989 II S. 701, 702; 2004 II S. 695, 696 – ist nach seinem Artikel 24 Absatz 4 für

Ungarn am 7. November 2008
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. Februar 2006 (BGBl. II S. 192).

Berlin, den 15. Juni 2009

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
des deutsch-mongolischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 23. Juni 2009

Das in Ulan Bator am 7. April 2009 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Mongolei über Finanzielle Zusammenarbeit 2008 ist nach seinem Artikel 6

am 7. April 2009

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 23. Juni 2009

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dorothee Fiedler

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Mongolei
über Finanzielle Zusammenarbeit 2008**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Mongolei –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Mongolei,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Mongolei beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll über die Regierungsverhandlungen zur Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Mongolei vom 2. April 2008 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Mongolei oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für die Vorhaben:

1. Regionale Transportinfrastruktur – Ernährungssicherung Ulan Bator,
2. Umweltgerechte Stadtentwicklung Ulan Bator – Wohnviertel Yarmag Nisekh

Darlehen bis zur Höhe von insgesamt 9 000 000,- Euro (in Worten: neun Millionen Euro) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Mongolei durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Werden die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben durch Vorhaben ersetzt, die als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, oder als eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen, so kann ein Finanzierungsbeitrag, andernfalls ein Darlehen gewährt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Mongolei zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(4) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen der Vorhaben unter Absatz 1 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehensverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2016.

(2) Die Regierung der Mongolei, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Mongolei stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Mongolei erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Mongolei überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Der im Abkommen vom 20. September 1995 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Mongolei über Finanzielle Zusammenarbeit 1995 für das Vorhaben „KMU-Kreditprogramm/Finanzsektorförderung“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag wird mit einem Teilbetrag von 23 311,- Euro (in Worten: dreiundzwanzigtausenddreihundertelf Euro) reprogrammiert und für das Vorhaben „Programm zur Förderung der Wohnungsbaufinanzierung“ verwendet, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist.

(2) Der im Abkommen vom 4. Oktober 2001 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Mongolei über Finanzielle Zusammenarbeit 2000 für das Vorhaben „Kreditlinie I und II für kleine und mittlere Unternehmen“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag wird mit einem Teilbetrag von 73 924,80 Euro (in Worten: dreiundsiebzigtausendneuhundertvierundzwanzig Euro und achtzig Eurocent) reprogrammiert und für das Vorhaben „Programm zur Förderung der Wohnungsbaufinanzierung“ verwendet, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist.

(3) Der im Abkommen vom 4. Oktober 2001 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Mongolei über Finanzielle Zusammenarbeit 2000 für das Vorhaben „Förderung von Mikrofinanzierungsinstitutionen“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag wird mit einem Teilbetrag von 318 653,15 Euro (in Worten: dreihundertachtzehntausendsechshundertdreißig Euro und 15 Eurocent) reprogrammiert und für das Vorhaben „Programm zur Förderung der Wohnungsbaufinanzierung“ verwendet, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist.

(4) Das im Abkommen vom 21. September 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Mongolei über Finanzielle Zusammenarbeit 1998/1999 für das Vorhaben „Klein- und Mittelunternehmen-Kreditprogramm/Finanzsektorförderung II“ vorgesehene Darlehen wird mit einem Teilbetrag von 2 500 000,- Euro (in Worten: zwei Millionen fünfhunderttausend Euro) reprogrammiert und für das Vorhaben „Programm zur Förderung der Wohnungsbaufinanzierung“ verwendet, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist.

(5) Der im Abkommen vom 13. November 2003 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Mongolei über Finanzielle Zusammenarbeit 2002 für das Vorhaben „Kreditlinie II für Kleinere und Mittlere Unternehmen“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag wird mit einem Betrag von 300 000,- Euro (in Worten: dreihunderttausend Euro) reprogrammiert und für das Vorhaben „Programm zur Förderung der Wohnungsbaufinanzierung“ verwendet, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 5,10 € (4,20 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,70 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Geschehen zu Ulan Bator am 7. April 2009 in zwei Urschriften, jede in deutscher, mongolischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des mongolischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

P. Fischer

Für die Regierung der Mongolei

Sangajev Bayartsogt